GENERALREDEN

ÖVP

Gemeinderätin Mag. Eva-Maria FLUCH

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Mitglieder der Stadtregierung, meine Damen und Herren!

Ich bin sozusagen für den neuen Schwung, für das Start-up nach der Mittagspause verantwortlich. Werde mich auch bemühen, neben harten Zahlen und Fakten, um die es ja heute hier geht, vielleicht den einen oder anderen bildhaften Ausdruck auch zu gebrauchen, damit, wie gesagt, dieser Start in den Nachmittag nach der Mittagspause auch gut gelingt.

Der Herr Finanzreferent hat Ihnen die Eckdaten für den Haushaltsplan der Stadt Graz für 2005 präsentiert. Es wird Sie nicht wirklich überraschen zu hören, dass die ÖVP diesem Entwurf ihre Zustimmung geben wird. Es liegt aber an mir als Generalrednerin meiner Fraktion, Ihnen darzulegen, warum wir dies für notwendig und für richtig erachten und eine Bemerkung auch noch vorneweg, es wird einen Unterschied geben zwischen dem, was ich zu sagen habe und wie ich es zu sagen habe und dem, was Stadtrat Riedler vor dem Mittagessen dargeboten hat, denn natürlich ist uns der Ernst sehr bewusst und dieser Ernst war ja auch in der Stimmlage des Herrn Finanzreferenten durchaus spürbar. Aber bitte, wir haben einen Gestaltungsauftrag, es war davon die Rede, dass es darum geht, auch Investoren von unserem Standort zu überzeugen und sie dafür zu begeistern und es geht auch darum, dass wir den Menschen in dieser Stadt zeigen, was wir für sie tun wollen, darum geht es nämlich heute (*Applaus ÖVP*).

Die Aufgabenstellung ist, die Stadt Graz durch den richtigen Mitteleinsatz zu gestalten und zu entwickeln. Um es bildhaft auszudrücken, und unter dieses Motto habe ich meine Ausführungen gestellt, so fällt diese Gestaltung unterschiedlich aus, je nachdem, ob wir ein Aquarium betreuen oder eine bedeutende Wasserstraße nutzen und entwickeln wollen. Es geht um eine Entscheidung zwischen Stillstand

und Beharren auf der einen Seite und Vorwärtsstreben und Energie für Veränderung auf der anderen Seite und das auch und gerade in Zeiten einer Aufgabenkritik.

Den, was passiert in einem kleinen Heim-Aquarium? Es will ständig gepflegt, geputzt und gesäubert werden, wenn das Gleichgewicht nicht kippen soll. Sie werden den einen oder anderen Fisch dazukaufen, und es mögen sich sogar vielleicht Zuchterfolge einstellen, mit denen sie dann im Plastiksackerl zur nächsten Zierfischbörse eilen, um das Aquariumsbudget ein wenig aufzubessern. Der einzige Fehler daran, wirklich autark, wirklich lebendig von sich aus wird das System im Aquarium nie.

Und die Wasserstraße, weil ich das sozusagen als zweiten Teil dieses Vergleichs gewählt habe. Sie ist die Lebensader einer ganzen Region. Auf ihr wird Schiffsverkehr abgewickelt zu wirtschaftlichen Zwecken, aber auch als Teil der Freizeit- und Lebensqualität der Menschen. An Wasserstraßen und Flussläufen haben sich die großen Kulturen der Welt entwickelt. Schon Heraklith hat vor 2500 Jahren gemeint, man könne nie zweimal im gleichen Fluss baden. Denn wenn wir den Fuß ins Wasser setzen, hat sich das Wasser bereits wieder verändert und erneuert, dieser Aufgabe müssen wir uns, denke ich, auch ständig bewusst sein.

Ich habe das Bild des Wassers gewählt, weil wir mit dem Budget der Stadt Graz etwas bewirken wollen und bewirken müssen. Es reicht nicht, dahinzuplättern wie eine Aquariumpumpe, wir sind aufgerufen zu gestalten, zu entwickeln, zu bewegen.

Die Wasserstraße ist ein geschlossenes System im natürlichen Kreislauf, in dem Wasser verdunstet oder ins Meer fließt, in seinem Kreislauf aber wieder produktiv wird, wenn auch in anderer Form.

Und es ist auch dieser zweite Aspekt, der ganzheitliche Blick, der mich dieses Bild der Wasserstraße wählen ließ. Der einschränkende Blick auf Teilaspekte ist während einer Debatte über den Haushaltsplan einer Stadt unzureichend. Es entsteht damit ein falsches Bild. Eines sozusagen aus der Zierfisch-Perspektive. Recht nett anzusehen, aber ohne Wachstum, ohne Entwicklung, beharrend, systemerhaltend und zuwenig für die heutigen Ansprüche der innovativen Wirtschaft und modernen Gesellschaft. Es freut mich, dass auch die Sozialdemokratie als unser Arbeitsübereinkommenspartner sich für diese Entwicklung entschieden hat, wenn auch manchmal die Dynamik im ersten Teil heute Vormittag ein bisschen weniger im Vordergrund stand.

Es wird nicht gehen ohne den Blick aufs Ganze. Es wird nicht gehen ohne den Interessensausgleich, der ja das Alltagsgeschäft der Politik darstellt. Wirtschaftsentwicklung, sozialer Ausgleich und Lebensqualität stehen in einer Wechselwirkung. So ist das Leben am Fluss. Es bedeutet Anpacken, und ja, auch Umsteuern, wo es notwendig ist. Ökosoziale Marktwirtschaft nennt es Josef Riegler, der dieses Konzept über die Ufer der Steiermark hinausgetragen hat.

Die heile Welt gibt es übrigens auch im Aquarium nur, wenn sie sorgfältig auswählen, welche Fische Sie dort zusammensperren. Sonst fressen die großen die kleinen. Das als Aquariumsbesitzer auf Dauer auszugleichen, geht gehörig ins Geld. Lassen wir also das Bild des Aquariums beiseite.

Die Forderung nach einem ganzheitlichen Blick gerade am heutigen Tag betrifft alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen. Wer nur sein Ressort im Auge hat und nicht das Gesamte der Stadt, wer nur gegen alle Beschlüsse ist, besonders gegen solche, mit denen Ausgaben reduziert werden, für den eigenen Bereich aber nichts als Forderungen stellt, der ist heute eigentlich hier fehl am Platz, auch wenn er auf der Regierungsbank sitzt (*Applaus ÖVP*).

Lassen Sie mich noch einen Vergleich wählen. Der demokratische Herausforderer des vor wenigen Wochen, durchaus auch gegen den Willen vieler hier in Europa, wieder gewählten US-Präsidenten John Kerry hat noch am Wahlabend eine bemerkenswerte Aussage getätigt, als er meinte: „Wir haben gewählt. Und jetzt, nach dieser Wahl, beginnt eine neue Phase. Wir sind nicht mehr in erster Linie Republikaner oder Demokraten. Wir sind alle wieder Bürger unseres Landes.“

In Abwandlung für unsere Größenordnung, die nicht minder mit Verantwortung verbunden ist, und für diesen Budgetgemeinderat meine ich: Mag ab morgen wieder der Parteienstreit dominieren. Heute sollten wir nicht in erster Linie Vertreter und Vertreterinnen ideologischer Positionen sein, sondern Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt zeigen.

Warum sage ich das so deutlich? In manchen Bereichen treffe ich mich natürlich sehr stark mit dem, was der Finanzreferent einleitend gesagt hat. Wir wissen, wo wir bisher standen und was passiert, wenn wir nicht rechtzeitig umsteuern.

Erstens ein Beispiel: Wir alle sind uns dessen bewusst, dass das vorgelegte Budget für das Jahr 2005 einige unübersehbare Mahnzeichen beinhaltet. Wir alle sind uns dessen bewusst, dass die Stadtfinanzen in einer mittelfristigen Perspektive – Stadtrat Riedler hat vom Zeitraum bis zum Jahr 2010 gesprochen – gesunden müssen. Dass wir aus der Schuldenfalle herauskommen müssen, wenn wir den für die positive Entwicklung unserer Stadt notwendigen Investitionsspielraum zurückgewinnen wollen, den wir bei der außerordentlichen Gebarung im Jahr 2005 – und lange geht das nicht mehr – teilweise ja wieder durch weitere Darlehensaufnahmen finanzieren.

Ich erwähne, auch das wurde bereits gesagt, die Entwicklung der freien Finanzspitze, die uns von anderen österreichischen Landeshauptstädten im Negativen unterscheidet, denn da sind wir ihnen leider ein, zwei Jahre voraus. Oder die Einstufung des Verschuldungsgrades der Stadt Graz nach der Gemeindeordnung. Mit Zahlen lassen sich Dinge auf sehr unterschiedliche Weise darstellen. Je nachdem, was wir wie in den Verschuldungsgrad miteinrechnen, und wir haben dieses Chart eigentlich gesehen, gilt unsere Finanzlage – mit unter 10 Prozent, unter 15 Prozent beziehungsweise über 20 Prozent - als unbedenklich, normal oder doch bedenklich. Und dies ist keine neue Entwicklung. Sie begleitet uns bereits seit einigen Jahren.

Zweites Beispiel: Seit Jahren beobachten wir steigende Kosten für immer dieselben Politikfelder. Soziale Wohlfahrt, Verwaltung, Personal inklusive Pensionszahlungen werden in diesem Zusammenhang stets genannt. Zusammen binden diese beiden Positionen einfach einen beträchtlichen Anteil unseres jährlichen Budgets! Würden wir weiterhin von einem exponentiellen Wachstum in diesen Bereichen ausgehen, dann würde das Budget unserer Stadt bald ganz aus dem Ruder laufen, umso wichtiger war, dass die Aufgabenkritik auch diese Politikfelder mitbetroffen hat und wir in allen Bereichen gleich versucht haben, ein Umsteuern herbeizuführen.

Drittens und nicht zuletzt auch seien hier noch einmal die infrastrukturellen Leistungen der Stadt Graz genannt. Es ist ein bekanntes Phänomen, dass die Ballungsräume auf Kosten der Kernstädte wachsen, ohne dass ein finanzieller Ausgleich dafür geleistet würde. „Speckgürtelgemeinden“ – die Bezeichnung für die Umlandgemeinden von Städten von der Größenordnung von Graz ist bezeichnend. Egal, ob es um öffentliche Verkehrsmittel oder kulturelle Angebote geht, sie stehen ja nicht nur den 230.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung, die Graz laut

der letzten Volkszählung hat, oder auch nur den tatsächlich anwesenden 300.000 Menschen, vielmehr bewegen sich tagtäglich an die 400.000 Menschen in unserer Stadt. Ein gutes Drittel dieser Menschen fühlt sich als Grazerinnen und Grazer, sie nehmen durchaus mit gewisser Freude die Strukturen der Stadt in Anspruch, ohne dass sie rechnerisch Grazer sind, das bringt uns wirklich in Probleme.

Stadtrat Riedler hat den Finanzausgleich angesprochen, ich möchte dazu noch eine kurze Bemerkung machen, denn ich denke, dass die Verhandlungen über den Finanzausgleich gar nicht so schlecht verlaufen sind, soweit dies eben im geltenden System möglich ist. In diesem System ist in Wirklichkeit keine Umleitung der Ströme möglich, weil es viele Einzelbestimmungen gibt, Vorverteilungen, Regionaleffekte etc, die führen eben dazu, dass andere Landeshauptstädte besser abschneiden als Graz. Im Endeffekt soll und darf in diesem Finanzausgleich keiner verlieren. Und unter diesen Voraussetzungen kann Graz auch nichts gewinnen. Das einzig Gerechte wäre, und hier treffen wir uns wieder, ein Finanzausgleich, der vom Ursprung her völlig neu gedacht und gestaltet würde.

Was wir so brauchen, ist ein Budget für Wasserstraßen voller Leben, kein Flussbett, in dem das Wasser vor lauter Hürden und Hindernissen seinen Weg nicht mehr findet. Und auch kein Heimbiotop ohne Außenwirkung, dafür aber mit permanentem Pflegebedarf. Jeder, der vernünftig denkt, wird das Wasserstraßenbild als das für Graz geeignetere Bild ansehen.

Dass die Aquariumssicht mit Ihrer politischen Einstellung in Einklang zu bringen ist, unterstelle ich Ihnen nicht. Ich gehe vielmehr davon aus, dass auch Sie wollen, dass wir durch richtigen Mitteleinsatz den Fluss der Steuergelder im Sinne der Ganzheitlichkeit richtig einsetzen. Wirtschaft, Handel, Kultur, Lebensqualität, die Gesellschaft mit ihren sozialen Sicherungssystemen hängen an dieser Lebensader.

Wer das so sieht, sieht die Notwendigkeit eines richtigen Budgets für 2005. Gerne erkläre oder besser präsentiere ich Ihnen, warum der vorliegende Entwurf das richtige Budget für die Grazerinnen und Grazer ist.

Was ist heute anders als in den Jahren zuvor?

Heute beschließen wir ein Budget, das mehr ist als ein ungebremstes Hinab in Form unabkehrbarer Budgetnotwendigkeiten. In der Schifffahrt kostet es mehr Kraft,

stromaufwärts unterwegs zu sein, doch es ist möglich. Und selbst kleine Fische, wie Lachse etwa, überwinden schwierige Passagen, wenn man ihnen nur geeignete Aufstiegshilfen baut.

Die Wasserstraße ist keine Einbahnstraße. Heute beschließen wir ein Budget, das dank einer umfassenden Aufgabenkritik erkennen lässt, dass die Politik in Graz Alternativen zum „Weiter-wie-bisher“ kennt, dass sie handlungsfähig und lösungsorientiert ist (*Applaus ÖVP*).

Verstehen Sie mich richtig, und da unterscheiden wir uns wahrscheinlich auch. Schon die letzte Gemeinderatsperiode war alles andere als ein „Weiter-wie-bisher“. Da ging es um eine Jahrhundertchance. Und es war schön zu sehen, dass alle politischen Kräfte hier im Haus gemeinsam zu den Rudern gegriffen haben und mitgehalten haben, als der Fluss reißender wurde. Es war klar, hier liegt eine Chance. Wenn diese Passage, in der uns besonders viel Publikum begleitet hat, gut bewältigt ist, dann ist wieder Zeit für ruhigeres Wasser, so wie eben jetzt. Und dann orientieren wir uns neu, nach aktuellen Karten und Erfordernissen.

Handlungsfähig und lösungsorientiert zu sein, das ist der eine Teil der Erwartung, die an uns gestellt wird. Der andere Teil ist, dass wir Botschafter der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sind. Es ist Zeit für einen Konjunkturaufschwung der Zuversicht für Graz (*Applaus ÖVP*).

Als ich im Jahr 1998 erstmals in den Grazer Gemeinderat gewählt wurde, war das Attribut, mit dem man die Grazer Stadtpolitik am häufigsten belegte, jenes des Stillstands. Graz ist heute wieder im Fluss, Graz ist in Bewegung. Geld, das bisher investiert wurde, ist keinesfalls versickert, sondern hat einen fruchtbaren Boden geschaffen, auf dem Neues entsteht.

Graz hat sich auf der Landkarte Europas etabliert, nicht zuletzt auch durch das erfolgreiche Projekt Kulturhauptstadt 2003.

Die Zeit der Bewegung und Veränderung seit 1998 hat einen Namen. Wir sind Zeugen einer Ära Nagl. Siegfried Nagl hat in seiner Zeit als Finanzreferent und seit 2003 als Bürgermeister gezeigt und bewiesen, dass in Graz – trotz aller Widrigkeiten – etwas weitergehen kann (*Applaus ÖVP*), der Applaus meiner Fraktion zeigt es mir, sollten Sie Schwierigkeiten haben, der Formulierung einer Ära Nagl zu folgen, dann lassen Sie doch einmal auf sich wirken, dass die Vielzahl an Projekten und konkreten

Verbesserungen in dieser Stadt ja allesamt auf Beschlüsse, und oft genug auch auf einstimmige Beschlüsse dieses Gemeinderates zurückgeht (*Applaus ÖVP*).

Es sind Stadterfolge, die sich sehen lassen können: Wenn wir zum Beispiel an die Sanierungen städtischer Schulen und Kindergärten denken.

Kunsthaus und Acconci-Insel. Die Tourismusedwicklung seit 2003, die ja keinesfalls das große schwarze Loch gebracht hat, das manche erwartet hatten. Zur Tourismus- und Wirtschaftsentwicklung wird mein Kollege Klaus Frölich dann noch im Einzelnen sprechen.

Apropos Fluss: Wenn wir schon vom Fluss sprechen, dann soll auch die Mur zu ihrem Recht kommen. Wir wissen, dass jahrhundertlang die Mur die Stadt gespalten hat, an ihrem Westufer war wenig Urbanität zu spüren. Mit EU-Mitteln, mit Urban-Programmen, der Verankerung wichtiger Infrastruktureinrichtungen wie des Fachhochschulzentrums wurden Brücken in den Westen geschlagen.

Nach Hauptplatz, Griesplatz, Lendplatz und Andritzer Hauptplatz steht der Karmeliterplatz vor seiner Fertigstellung, und der Freiheitsplatz ist weitgehend autofrei, da ist Platz für Menschen verwirklicht worden.

Sind das Projekte, die man lassen hätte sollen, oder sind nicht gerade sie es, die mit ihrer Wirkung echte Nachhaltigkeit sichern (*Applaus ÖVP*)?

Wie geht's nun 2005 weiter?

Der ordentliche Haushalt der Stadt, es ist unter den Zahlen fast untergegangen, beträgt 676 Millionen Euro. Oder für die, die noch in Schilling rechnen, sind das 9.309.968.543 österreichische Schilling. Dazu kommt ein außerordentlicher Haushalt in der Höhe von 69 Millionen Schilling. Lassen Sie sich die Zahlen auf der Zunge zergehen, es sind ansehnliche Summen, mit denen sich etwas bewegen lässt. Unsere Stadt wird damit schöner, lebenswerter, besser und nicht schlechter. Und dort, wo Umstrukturierungen angegangen werden, haben auch diese einen Nutzen für den Bürger und die Bürgerin.

Lassen Sie mich mit dem großen Brocken der Einsparungen im Personalbereich beginnen, der heute ja in der Tagesordnung schon Thema war. In zähen Verhandlungen mit der Personalvertretung hat Bürgermeister Nagl ein Paket

geschnürt, das in den nächsten drei Jahren 22,7 Millionen Euro an Einsparungen bringen wird. Bei der Verwaltung, und hier spreche ich als Landesbedienstete mit Führungsverantwortung gegenüber 120 Mitarbeitern, klaffen die Einschätzungen ja gerne auseinander. Von außen schaut man mit Neid auf die angeblichen Privilegien der Beamten. Im Inneren aber sind gerade in Graz umwälzende Veränderungen schon lange im Fluss. Lassen Sie mich an dieser Stelle betonen, dass die Verwaltungsreform in Graz vorbildlich läuft, das „Grazer Steuerungsmodell“ zielt auf Wahrnehmen von Verantwortung dort, wo auch die Leistung erbracht wird.

Die klare Produktstruktur ermöglicht, dass Kosten Leistungen zugeordnet werden, und das ist die beste Entscheidungsgrundlage, wenn es darum geht nachzudenken, ob überhaupt und wie oder in welchem Ausmaß eine Leistung von der öffentlichen Hand erbracht werden soll und kann. Nur diese Daten geben auch Aufschluss darüber, ob eine Auslagerung Sinn macht. Und dann, und da bin ich wieder bei der Kollegin Rücker, sind wir noch bei der notwendigen Steuerung durch die Politik, auf die dann später noch kurz einzugehen sein wird.

Die in Graz bereits weit gediehene Verwaltungsreform wird 2005 also fortgesetzt. Die neue Ämtergliederung zielt auf effizientere, schnellere und bürgerfreundlichere Abwicklung von Verfahren. Positiv schlägt sich die Zusammenfassung der Grünraumagenden in einer eigenen organisatorischen Einheit nieder.

Für die Grünen mag es eine Überraschung gewesen sein, dass unser Verkehrs- und Stadtplanungsstadtrat Gerhard Rüschi diesen Bereich mit so hoher Priorität ausstattet. Wenn wir, wie wir uns heute auch geeinigt haben, einen Prozess nach dem Vorbild der Werkstatt Basel beginnen, sind vielleicht noch weitere Überraschungen für Sie drinnen im Positiven (*Applaus ÖVP*).

Die knapp 4.500 Bediensteten der Stadt Graz tragen den Sanierungskurs der Stadtfinanzen mit. Der Obmann der Personalvertretung, Willi Techt, war in dieser schwierigen Phase ein harter Verhandlungspartner, aber einer mit Handschlagqualität. Es war der richtige Weg, über das Paket für die nächsten drei Jahre zu sprechen, um auszuschließen, dass es ständig alle möglichen Mutmaßungen gibt, wann der nächste schmerzhafteste Einschnitt kommt. Der Motivation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist diese Vorgangsweise sicherlich zuträglicher. Noch keine Stadtregierung hat allerdings so klare Vorgaben gemacht und noch niemals gab es eine Trendumkehr in diesem Ausmaß.

Auch andere Beschlüsse, und ich komme jetzt auch schon zum Schluss für Jahr 2005, sind außergewöhnlich: Ich nenne nur die Beschlüsse zum langen 4er und zum 5er und wir haben heute das Bekenntnis auch zum 6er gehört.

Die Neugestaltung des Albert-Schweitzer-Hospizes, nachdem ein Grundsatzbeschluss des Landes erfolgt ist, da sind wir auch zuversichtlich. Der Umbau des Senioren-Pflegewohnheims Rosenhain, der 2005 abgeschlossen werden soll. Auch sie sind Zeichen in die Zukunft angesichts einer Bevölkerungsentwicklung, der zufolge die Anzahl der 60-jährigen und vor allem auch die Anzahl der Hochbetagten ja ständig steigt. Sanierungen von städtischen Wohnungen wurden angesprochen. Elke Kahr trägt heute noch den Button mit dem Nein, ich denke man darf auch bei den Wohnungen nachdenken, in welcher Form die Entwicklung und die Verwaltung des städtischen Wohnungsangebotes in bester Form erfolgen kann und nichts Weiteres ist für die Zukunft geplant. Es würde mich auch wundern (*Applaus ÖVP*), denn ich kenne Elke Kahr als eine durchaus Gesprächsfähige, wenn der Button dafür stünde, dass bei euch jetzt das Nein zum Programm erhoben wird, das wäre schade (*Applaus ÖVP*). Von den Brücken in den Grazer Westen habe ich bereits gesprochen. Die Brücken werden im Jahr 2005 durch die Unterführungen ergänzt, denn dann werden im Zuge der Arbeiten der Hochleistungsbahn-AG die Unterführungen verwirklicht, mit einem gewaltigen finanziellen Aufwand, und last but not least bietet das Budget 2005 viele Beispiele für intelligente Lösungen, die sich positiv auf die Stadtkasse auswirken. Nicht alle sind riesig, aber lassen Sie mich zwei kleine Beispiele nennen:

Die Sportkurse für Kinder in den Ferien finden nach wie vor statt. Stadtrat Eisel-Eiselsberg und das Sportamt haben allerdings darauf reagiert, dass die angebotenen Shuttlebusse von den wenigsten genutzt wurden. Verändert wurde also nur der Transport der Kinder. Der Nutzen für die Kinder, Bewegung und eine ausgefüllte Freizeit, blieben bestehen. Das Umweltamt hat schon lange den Weg beschritten, für wichtige Vorhaben Partner ins Boot zu holen. Die teilweise langjährigen Kooperationen mit anderen Städten und Regionen sind Voraussetzung für das Lukrieren von EU-Mitteln. Zum Beispiel mit dem EU-Life Projekt Kapa GS wird es gelingen, einen beträchtlichen Betrag, der nur zum Teil von der Stadt Graz aufgebracht werden muss, für unsere Feinstaublösungsmaßnahmen zur Verfügung zu haben (*Applaus ÖVP*). Was bleibt also über dieses Budget zu sagen, wir sind gut

auf Kurs, das ist mir die wichtigste Aussage, auch wenn uns noch etliche Stromschnellen bevorstehen. Seit wir über die beste Form der Finanzierung von Infrastrukturleistungen nachdenken, dass wir darüber nachdenken, wie Private Public Partnership oder auch Ausgliederungen privates Kapital auf der Angebotsseite erschließen können. Voraussetzung ist immer, dass wir uns um die Qualität der Dienstleistungen kümmern, die wir ausgelagert haben, das hat mit politischer Steuerung zu tun, mit Wirtschaftsverständnis, betriebswirtschaftlichem Know-how, das von uns auch zu erwarten ist in der Kommunalpolitik (*Applaus ÖVP*).Beteiligungsmanagement, eine klare Aufstellung der Vermögenswerte der Stadt Graz, hier gibt es noch einiges zu sagen und es sind genug Schritte in der Zukunft noch zu setzen. Auch über Wasser ließe sich noch vieles sagen. Den Wasser gilt ja als Quell des Lebens, es macht mehr als 70 % der Erdoberfläche aus, auch für uns Menschen hat es seine Bedeutung. Denn am Anfang unseres Lebens, ich wusste das nicht, macht Wasser über drei Viertel unseres Körpergewichtes aus, am Ende, wenn wir nicht nur hinter den Ohren, sondern auch in vieler anderer Hinsicht ein bisschen trockener geworden sind, sind es immer noch zwei Drittel Wasser im Körper.

Lassen wir uns daher vom Bild der Wasserstraße inspirieren. Es ist anschaulicher als die Zahlen und Fakten, die wir in zwei dicken Bänden des Budgetentwurfes vorfinden. Die Aufgabenstellung ist da wie dort dieselbe: Lassen wir uns nicht treiben, sondern nützen wir die Energie zur Veränderung. Überzeugung, Begeisterung und Zuversicht. Sie sollen unsere Arbeit prägen.

In diesem Zusammenhang gilt mein Dank auch allen, die an der Erstellung dieses Budgets mitgewirkt haben, seien das die zuständigen Abteilungen, seien es die Mitarbeiter in den politischen Büros und alle, die Anteil daran gehabt haben. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*). Die Reden für heute sind schon geschrieben, dennoch appelliere ich an Sie, dass Sie es sich in Zukunft gut überlegen, bevor Sie den nächsten politischen Zierfisch schwimmen lassen. Gemeinsam ließe sich hier in Graz in dieser kleinen Großstadt an der Mur, viel bewegen. Qualitatives Wachstum, nachhaltige Entwicklung, Bürgerzufriedenheit und Zuversicht trotz oder gerade in Zeiten einer Aufgabenkritik. Es wäre ein Paradigmenwechsel, den wir von der ÖVP heute vornehmen und der sich in diesem Budgetentwurf manifestiert. Stimmen Sie diesem Entwurf bitte zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderat Klaus ZENZ

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen, werte Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor den Zeiten einer Mirna Jukic oder eines Markus Rogan wäre es von spitzzüngigen Kommentatoren wahrscheinlich als Erfolg bezeichnet worden, wenn unsere Schwimmerinnen und Schwimmer bei einem internationalen Großereignis nicht ertrunken wären. Heute ist der Erfolg in den Schwimmbewerben, wie gestern wieder eindrucksvoll bewiesen, der Stockerlplatz.

Einen Erfolg als solchen zu definieren, ist eben immer relativ: Für die Wiener Austria mag angesichts ihrer Rahmenbedingungen, sprich ihres Spielerkaders, ihrer Sponsormillionen, alles andere als der Fußballmeistertitel ein Misserfolg sein – für Sturm Graz hingegen, und es fällt mir nicht leicht als bekennender Sturmfan es hier zu sagen, ist alles andere als ein Abstieg ein Erfolg. Weil die gegenwärtigen Rahmenbedingungen eben nichts anderes erlauben.

Was will ich damit sagen? Es werden sich heute in diesem Haus naturgemäß die Geister darüber scheiden, ob dieses Budget ein Erfolg ist oder nicht. Und es wird sicher sehr viele, anscheinend gut klingende Argumente geben, warum es angeblich kein Erfolg ist.

Erlauben Sie mir, eines gleich vorweg klarzustellen: Das Budget 2005 ist ein Erfolg (*Applaus SPÖ*).

Es wäre schon ein Erfolg gewesen, wenn es dem Finanzreferenten gelungen wäre, unter diesen Rahmenbedingungen überhaupt ein Budget zu Stande zu bringen. Er hat wesentlich mehr als das geschafft: Dieser Finanzreferent hat es nicht nur erreicht, dass wir gerade knapp dem Abstieg entronnen sind; Graz ist, um beim Beispiel Fußball zu bleiben, in einer ersten Zwischenetappe auf einem guten Mittelfeldplatz gelandet, dieser Finanzreferent hat die besten Voraussetzungen geschaffen, dass wir in Zukunft oben wieder mitspielen können. Und das kann man nicht oft genug betonen bei dieser Ausgangsposition und bei diesen

Rahmenbedingungen, wo viele die Übernahme des Finanzressorts als aussichtsloses Himmelfahrtskommando bezeichnet haben (*Applaus SPÖ*).

Ich möchte hier nicht all zu sehr in den Wunden der Vergangenheit wühlen, indem ich die Ausgabenpolitik der vergangenen Gemeinderatsperiode nochmals aufliste, aber eines sei schon gesagt: Ausgaben für Kulturhauptstadt 2003, Dom im Berg, Schloßberglift, eine Toilettenanlage zum Preis eines Einfamilienhauses für die Acconci-Insel, Kunsthaus, Stadthalle, Platzgestaltungen, der Kauf des so genannten Sacher-Hauses, sprich Herrengasse 6 – es gibt viele hausgemachte Gründe, warum für sehr viele der Abstieg unausweichlich schien.

Denn eines muss in aller Öffentlichkeit auch eingestanden werden: In der vergangenen Gemeinderatsperiode ist manchmal der Eindruck entstanden, dass Graz entweder im Besitz des leider nur märchenhaften Goldesels sich wähnte, oder - möglicherweise leidvolle Bestätigung der Pisa-Studie, gewisse Schwächen bei den Grundrechnungsarten bestehen – schlichtweg nicht bedacht wurde, dass alles, was nun einmal ausgegeben wird, irgendwie auch eingenommen werden muss; wofür man Kredite aufnimmt, mit Zinsen und Zinsenzinsen zurückbezahlt muss. Dom im Berg, Schloßberglift, Toilettenanlagen zum Preis eines noblen Einfamilienhauses zeigen eben ihre finanziellen Auswirkungen: Leider weniger bei den Einnahmen, sondern ausschließlich bei den Ausgaben und Schulden.

Ein wenig erinnert mich dies dies – gelinde gesagt – an das wenig glückliche Händchen des FC Tirol: Teuer einkaufen, viel bezahlen, zu geringe Einnahmen, das vergebliche Warten auf einen Big Spender – mit dem Ergebnis, dass ein Schuldenberg aufgetürmt wurde, der unübersehbare Ausmaße annahm und laufende Ausgaben nicht mehr gedeckt werden konnten.

In Graz ist manches hausgemacht gewesen, vieles wurde uns aber auch von außen und vor allem von der Bundesregierung aufs sprichwörtliche Aug' gedrückt, sodass wir jetzt nicht nur ein blaues Auge, sondern zwei schwarzblaue Augen haben: Sukzessive werden Aufgaben des Bundes auf die Stadt übergewälzt – ohne entsprechenden Kostenersatz, wie etwa beim Melde- und Fundwesen.

Das alles für ein Nulldefizit des Bundes, das trotzdem bei weitem nicht erreicht wurde. Aber dieser Finanzminister versteht eben unter Finanzpolitik, andere die

Zeche begleichen zu lassen – egal ob bei seiner Selbstdarstellungs-Homepage oder bei seinen Budget-Tricksereien (*Applaus SPÖ*).

Wobei wir über diese Bundesregierung ohnehin besser den Mantel des Schweigens werfen sollten: Ein um Schuhrabatte feilschender Wirtschaftsminister; eine Unterrichtsministerin, die in offensichtlicher Überforderung sich im Fettnäpfchen-Springen gefällt, einmal die Partylust von Jugendlichen für den Bevölkerungsrückgang, dann wieder die Eltern für die katastrophalen Ergebnisse der Pisa-Studie verantwortlich macht, ein inzwischen Ex-Innenminister, der nicht einmal mehr ignoriert hat, dass in Graz an die 100 Polizeidienstposten unbesetzt sind. Wer sich auf diese Bundesregierung verlassen hat und darauf gebaut hat, dass endlich ein fairer Finanzausgleich zu Stande kommt, in dem Städte und Gemeinden gleich gerecht behandelt werden, ist verlassen (*Applaus SPÖ*).

Dazu nur ein Satz: Zwei Millionen Euro mehr bekommt Graz nächstes Jahr über den Finanzausgleich,...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Themenverfehlung.

GR. **Zenz:** Ich weiß nicht, ob das eine Themaverfehlung ist, Kollegin. ...was für ein genialer Wurf, wenn man bedenkt, dass die Steuerreform des Bundes Graz im Gegenzug dazu gleich 15 Millionen Euro kostet. Und das sind sie wieder diese widrigen Rahmenbedingungen.

Nun könnte man natürlich meinen, dass halt dafür das Land Steiermark – wie dies eben auch andere Bundesländer tun und ihre Landeshauptstädte maßgeblich unterstützen – Graz unter die Arme greifen wird. Beispielsweise durch Übernahme der Infrastrukturkosten für den öffentlichen Verkehr, wie dies das Land Oberösterreich mit Linz macht.

Weit gefehlt, meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall: Zwar weiß die Frau Landeshauptmann, wenn es um Eröffnungen geht, sei es Kunsthaus, Kulturhauptstadt, Stadthalle, Messe, sich stilgerecht in der allerersten Reihe zu platzieren. Nur wenn es ums Zahlen geht, stoßen wir in Burg und Landhaus meist auf

taube Ohren. Und in Wahrheit – es ist noch weit schlimmer: Das Land lässt zahlen nämlich uns Grazerinnen und Grazer. Wir sind die einzige Gemeinde, die kräftigst für den Verkehrsverbund für rund 400.000 Einwohnerinnen und Einwohner zahlt. Graz zahlt Millionen für die Fachhochschulen. Die Stadt Graz zahlt zur Gänze ihre Aufwendungen als Bezirksverwaltungsbehörde. Graz zahlt knapp die Hälfte der Kosten für die Vereinigten Bühnen, das sind alleine mehr als 16 Millionen Euro in diesem Jahr. Wie heißt der alte Slogan „Graz darf alles“; ein Wort zur Ergänzung: „zahlen“. Graz darf alles zahlen, aber Graz darf sich nichts erwarten (*Applaus SPÖ*). Ausschließlich Belastungen durch Bund und Land.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, es ist einfach notwendig, all diese Begleitumstände immer wieder vor Augen zu führen, um zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, wie dies in der Budgetvorschau zu Jahresmitte prognostiziert wurde, dass sich im kommenden Jahr Einnahmen und Ausgaben eine Lücke von 120 Millionen Euro ergeben hätte und für 2006 sogar 150 Millionen Euro. In Schilling, noch einmal, viele von uns denken noch in Schilling, das sind 1,65 Milliarden für 2005 und zwei Milliarden Schilling für 2006. Oder anders ausgedrückt: 20 Prozent des ordentlichen Haushaltes wären ungedeckt gewesen.

Ich verstehe schon, dass diese Zahlen und Größenordnungen nur mehr schwer nachvollziehbar sind und die Problemwahrnehmung damit abstrakter wird. Nehmen wir deshalb das Beispiel einer Familie mit einem Monatseinkommen von 1600 Euro und regelmäßigen Ausgaben von 2000 Euro für Miete, Kinderbetreuung, Auto, Lebenshaltung usw. Was wird diese Familie tun:

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt unverständlich.

GR. **Zenz:** Das wird nicht gut gehen, wie du weißt, Kollege Korschelt, nachdem du selbst im Bankenbereich profund bist. Sie wird die Ausgaben durchforsten müssen, sie wird auf manches verzichten müssen, und sie wird sich andererseits darum

bemühen, Notwendiges ein wenig preisgünstiger zu beschaffen. Das läuft unter dem Begriff Haushaltsrechnung, dem sich kein Bereich verschließen kann:

Hätte der SK Sturm nicht die Ausgabennotbremse gezogen, wäre ihm das Schicksal des FC Tirol nicht erspart geblieben. Um einen Spielbetrieb aufrecht zu erhalten, ist ein Spielerkader notwendig – schließlich kann man nicht nur jedes dritte Spiel antreten und hier vielleicht nur mit acht Kickern, weil das billiger ist. Aber statt teurer Trainingslager gibt es günstigere Alternativen, und statt eines mit teuren Stars gespickten Kaders laufen jetzt junge Spieler ein. Und das mit Erfolg: Denn, im Gegensatz zum FC Tirol, gibt es den SK Puntigamer Sturm Graz noch.

Was meine ich damit? Auch für die Stadt Graz führt an einer Gesundheit des Haushaltes kein Weg vorbei und mit der so genannten Aufgabenkritik hat sich zumindest die Mehrheit dieses Hauses für die vom Finanzreferenten vorgeschlagene Richtung entschieden und das kleine und schon leckere Ruderboot, das auf Sichtweite eines großen Wasserfall sich befunden hat, rechtzeitig verlassen (*Applaus SPÖ*).

Was wären die Alternativen gewesen? In Vogel-Strauß-Manier weiterzumachen und wie gehabt in der Hoffnung, dass irgendwer auftaucht, und den Wasserfall wegräumt. Sprich: an der Finanzpolitik nichts zu ändern. Oder die wenigen Schwimmwesten an jene, die am lautesten schreien, zu verteilen, damit vielleicht doch ein paar den Sturz überleben. Mit anderen Worten: Die Ausgaben der Stadt und damit die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger linear zusammenstreichen, was auf Kosten der Leisen und der Schwächsten gegangen wäre. Zwei Alternativen, die weder von Phantasie noch von Verantwortungsbewusstsein zeugen (*Applaus SPÖ*).

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Wir alle wissen, dass die Folgen der Aufgabenkritik, die Konsequenzen aus der Aufgabenkritik schmerzlich sind. Von praktisch jeder dieser 576 Einzelmaßnahmen sind Grazerinnen und Grazer betroffen. Ich will nicht annehmen, dass irgendwer behaupten will, dass Stadträtin Kaltenbeck-Michl leichtfertig das Kinderbüro gestrichen hat. Aber in dieser schwierigen Situation musste sie, wie jeder andere auch, Prioritäten setzen. Wenn dies nicht jetzt erfolgt wäre, dann wäre spätestens 2008 das Aus für die Kindererholung, für Kinderferienprogramme usw. gekommen. Hätten die, die jetzt gegen die Aufgabenkritik wettern, das verantworten können? Es ist keine Frage, dass der Essensbeitrag, der in Zukunft in den Kinderbetreuungseinrichtungen eingehoben wird, schmerzt. Freude hat niemand damit, wir Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten schon gar nicht. Aber Sie wissen, was uns noch mehr geschmerzt hätte: Wenn 2008 die Kinder vor geschlossenen Kindergärten, Krabbelstuben und Horten gestanden wären! (*Applaus SPÖ*).

Wir sind keineswegs glücklich darüber, dass diese Stadt vor Herausforderungen gestellt wurde, diese Aufgabenkritik durchzuführen. Aber eines möchte ich schon namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktionen betonen: Wir bekennen uns zur Aufgabenkritik – denn trotz der schwierigen Ausgangslage ist es uns weitgehendst gelungen, die sozialen Standards aufrecht zu erhalten, die Attraktivität des Standortes Graz zu sichern, der Bildungsstadt Graz wichtige Impulse zu geben und die Lebensqualität in dieser Stadt sogar weiter zu verbessern. Und vor allem eines zeichnet sich ab: Diese Aufgabenkritik trägt ganz wesentlich dazu bei, unserer Stadt eine Zukunft zu geben! (*Applaus SPÖ*).

Die Vergangenheit ist ein Sprungbrett, kein Sofa, hat ein sehr vernünftiger Mensch einmal gesagt und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der kommunistischen Partei, ein Blick in die Vergangenheit hat nur dann einen Sinn, wenn man bereit ist, daraus zu lernen.

Und genau das vermisse ich hin und wieder bei Ihnen, bei euch. Die kommunistische Partei steht zwar immer in der ersten Reihe, wenn es darum geht, darüber wehzuklagen, was in der Vergangenheit alles anders gemacht hätte werden können. Aber, ohne euch zu nahe treten zu wollen, man muss euch eines auch attestieren: Wenn es darum geht, anzupacken, aus dem Dilemma rauszukommen, nennt uns der kommunistische Stadtrat namens seiner Fraktion immer nur Dutzende Gründe, warum er und seine Fraktion im Sofa sitzen bleiben (*Applaus SPÖ*).

Das heißt, immer gefällt sich die kommunistische Fraktion natürlich nicht im Sofa, es gibt auch Ausnahmen – es wundert mich immer wieder im Finanzausschuss, aber auch im Gemeinderat. Ein Großteil aller Beschlüsse, wenn es um Ausgaben geht, wird selbstverständlich auch mit den Stimmen der kommunistischen Partei gefasst. Ich bin schon gespannt, wie das heute sein wird: Wahrscheinlich werdet ihr den Budgets der beiden kommunistischen Stadtsenatsreferenten zustimmen – bloß woher das Geld dafür kommt, ist zweitrangig. Wahrscheinlich werdet ihr euch auch zu den Investitionen im öffentlichen Verkehr bekennen, sicher auch zu den 20 Millionen für den Feinstaubfonds. Eigentlich seid Ihr ja nicht gegen Investitionen – ihr

wollt nur nicht wissen, woher trotz dieser schwierigen Situation das Geld kommt. Weil seinerzeit und damals und überhaupt und grundsätzlich (*Applaus SPÖ*).

Da drängt sich bei mir im Zusammenhang mit dem Boot und dem Wasserfall ein Bild auf: Sie sitzen am Ufer und schauen, und ich sage das ganz bewusst sicher nicht genüsslich, aber doch – zu und verkünden lauthals, dass a) Bootfahren gefährlich, b) Schwimmunterricht obligatorisch und c) das Mitführen einer ausreichenden Anzahl von Schwimmwesten selbstverständlich sein müsse – und somit gehe sie das nichts an. Wie lange wollen sie noch in der Teilnahmslosigkeit verharren, wie lange wollen Sie noch im Sofa sitzen bleiben? (*Applaus SPÖ*).

Wir, die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion, sind uns auch bewusst, um Golo Mann zu zitieren, wer die Vergangenheit nicht kennt, die Zukunft nicht in den Griff bekommen wird. Aber eines unterscheidet uns von voneinander: Wir interessieren uns in letzter Konsequenz mehr für die Zukunft, denn wir werden den Rest unseres Lebens in ihr verbringen. Und die Zukunft wird uns in erster Linie das bringen, was wir der Zukunft bringen! (*Applaus SPÖ*).

Es wäre zwar vermessen zu behaupten, Graz habe das rettende Ufer bereits erreicht, aber die finanztechnische Wende ist geschafft, wir treiben nicht länger in Richtung Wasserfall, wir schwimmen Richtung Ufer.

Und wenn das kein Erfolg ist, was dann? Wenn das nicht ausreichend Grund ist, diesem Budget zuzustimmen – was dann?

Das Besondere an diesem Budget ist auch, dass das, was man gemeinhin als „die Pflicht“ nennt, von vorneherein außer Diskussion gestanden ist. Die Kinderbetreuung ist ebenso gesichert wie die SeniorInnenbetreuung, aber auch unverzichtbare kostenintensive Teile wie öffentlicher Verkehr, Pflegestationen, Stadtbibliotheken, Kultur und und und. Im Umweltbereich setzt Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk wieder wichtige Initiativen, und dass Graz sich weiter als Stadt mit hohen sozialen Standards rühmen darf, das ist ein Verdienst von Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl (*Applaus SPÖ*).

Ich will den Stadtregierungsmitgliedern jetzt nicht mit einer Auflistung vorgreifen – über die einzelnen Ressortschwerpunkte wird in diesem Haus noch ausführlichst informiert werden.

Was aber darüberhinaus dieses Budget zu einem Erfolg werden lässt, das ist die Kür – das sind jene Impulse, die in der AOG gesetzt werden: Das sind die Verlängerungen der Straßenbahnlinien 4, 5 und 6 und der Neubau des Geriatriischen Krankenhauses II.

Mit insgesamt 69 Millionen Euro, das ist mehr als 2004, verfügt die Stadt im kommenden Jahr in der AOG über ein enorm hohes Investitionsbudget. Was gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von großer Bedeutung ist. Sind es doch die Gemeinden, die in Wirklichkeit die Wirtschaftslokomotiven für die Infrastruktur darstellen. Wobei wir bei aller Freude etwas nicht übersehen sollten. Es fehlen im kommenden Jahr immer noch 73,9 Millionen Euro, also knapp eine Milliarde Schilling. Dieses Budgetloch kann natürlich nur, sofern sich Bund und Land endlich eines Besseren besinnen und ihre Aufgaben wahrnehmen, nur durch weitere Verkäufe oder Ausgliederungen geschlossen werden.

Dass dieser Weg nicht Dauerlösung und bis zum Sankt Nimmerleinstag fortgesetzt werden kann, wird jeder und jedem einleuchten. Ein Landwirt, der wegen Schulden Schritt für Schritt seine Äcker, seine Wiesen und sein Vieh verkauft, beraubt sich seiner Existenzgrundlage, wird mittelfristig auch Haus und Hof verlieren. Eine Stadt, die all ihren Besitz, all ihr Vermögen veräußert, wird mittelfristig so auch nicht aus der Schuldenfalle kommen, im Gegenteil: Die laufenden Einnahmen reduzieren sich, aber laufenden Ausgaben steigen.

Worauf will ich sie hinweisen? Um das rettende Ufer zu erreichen, brauchen wir noch einen langen Atem. Das Jahr 2005 wird ein entscheidendes Jahr sein, was die Stadtfinanzen anbelangt: Das Wasser, das wir durchschwimmen müssen, wird sehr kalt sein. Und ich warne davor, bei der ersten Gegenwelle umzufallen: Der Weg der Aufgabenkritik und der Gesundung der Stadtfinanzen muss konsequent fortgesetzt werden, dazu gibt es keine Alternativen (*Applaus SPÖ*).

Und ganz besonders die Mitglieder der Stadtregierung, die sich natürlich mancher Verärgerung ausgesetzt sehen werden, sollten sich – vielleicht in Form eines Bildschirmschoners – ein mexikanisches Sprichwort allgegenwärtig halten:

Wer die Wahrheit sagt, begeht keinen Fehler – aber er oder sie verursacht Unannehmlichkeiten. Ich glaube aber, Unannehmlichkeiten zur rechten Zeit zu bereiten, ist immer noch besser, als die Wahrheit so lange wie möglich nicht zu sagen; denn Unannehmlichkeiten offen anzusprechen, ist in letzter Konsequenz

auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Und dazu gehört auch, sich einer Wertediskussion zu stellen: Was können wir uns leisten, was wollen wir uns leisten – zu welchem Preis, mit welchem Ziel (*Applaus SPÖ*)?

Und lassen Sie mich noch etwas in Bezug auf Glaubwürdigkeit und Politik sagen. Wir erwarten von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt Verständnis für die Notwendigkeiten der in der Aufgabenkritik vorgekommenen Punkte.

Und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats haben sich bereit gezeigt, einen bedeutenden Beitrag zur Aufgabenkritik zu leisten. Ich meine da jetzt nicht allein die Kopfarbeit, die hinter diesen hunderten Vorschlägen steckt – ich denke ganz konkret auch an den finanziellen Beitrag der Magistratsbediensteten. Wir reden da nicht von Kleinigkeiten – das sind zum Teil gehörige Abstriche, die vom Verzicht auf eine Gehaltserhöhung in der ersten Jahreshälfte und der Kürzung des Weihnachtsgeldes über die Streichung der Belohnungen bis zum Wegfall dienstfreier Tage reichen. Namens der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich mich für die Bereitschaft, diesen schwierigen Weg mitzugehen, bei allen unseren 4400 Magistratsbediensteten bedanken (*Applaus SPÖ*).

Um auf die Glaubwürdigkeit zurückzukommen, sollte uns hier in diesem Haus der Beitrag, den die Grazerinnen und Grazer und die Magistratsbediensteten leisten, auch Beispiel sein: Was am Schloßberg im Zusammenhang mit der Aufgabenkritik noch nicht konkretisiert wurde, ist das so genannte Demokratiepaket – der Anteil der Politik an der Gesundung der Finanzen.

Dass es Demokratie nicht zum Nulltarif geben kann und darf, ist wohl klar – dass uns Demokratie etwas wert sein muss und somit etwas kosten darf, wird kein vernünftiger Mensch anzweifeln. Aber – und diese Einschränkung sei mir erlaubt: Man kann von anderen in schwierigen Zeiten nicht verlangen, Heidensterz mit Brot zu essen, während man selber auf sein regelmäßiges Wienerschnitzel nicht verzichten will. Hier gilt es gerade für uns, mit positivem Beispiel voranzugehen – und ebenso zurückzustecken und unsere Bereitschaft zu einem Sparwillen zu signalisieren (*Applaus SPÖ*). Das betrifft uns alle ob Stadtregierung, Gemeinderat, Bezirksvertretungen, jeder hat seinen Beitrag zu leisten. Wir würden jedenfalls der Aufgabenkritik einen schlechten Dienst erweisen, die Einsparungen auf politischer Ebene nicht in gleicher Kraftanstrengung umzusetzen, wie die bereits vorher erwähnten Sparmaßnahmen für alle Grazerinnen und Grazer.

Das ist es, was ich gemeint habe, als ich 2005 als ein entscheidendes Jahr für die Gesundung der Grazer Stadtfinanzen bezeichnet habe. Noch ist das Budget 2005 ein 3,5 Kilogramm schweres papierenes Konvolut. Wofür ich mich natürlich sehr herzlich bedanken möchte bei allen Personen, die an der Erstellung daran beteiligt waren, allen voran den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion (*Applaus SPÖ*).

Aber vor dem Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt, sagt Hesiod – die kommenden zwölf Monate werden uns viel Schweiß kosten. Wir sind ins kalte Wasser gesprungen, weil wir ans andere Ufer kommen wollen. Wir werden das Wasser nicht warm reden können, wir werden einfach nur das Einfachste tun müssen, was aber auch das Schwierigste ist: durchschwimmen – bis ans rettende Ufer. Wir als sozialdemokratische Fraktion sind uns der Herausforderungen und Aufgaben, die auf uns warten, bewusst und laden alle ein, unseren Finanzreferenten dabei zu unterstützen. Der Triathlon der Gesundung der Stadtfinanzen hat erst begonnen - die erste Etappe, den Weg durchs kalte Wasser haben wir in Angriff genommen. Unser Vorschwimmer, unser Finanzreferent, wird jede Unterstützung brauchen (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrter Herr Finanzreferent, lieber Wolfgang ! Damit es dir nicht zu kalt wird auf dieser ersten und vielleicht schwierigsten Etappe möchte ich dir symbolisch einen Neopremanzug mit auf den Weg geben. Lieber Wolfgang! Wenn es zu kalt wird, den Reißverschluss einfach ganz zumachen und weiterschwimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Zeiten eines Markus Rogan und einer Mirna Jukic spricht niemand mehr vom Ertrinken, sondern nur noch von Medaillen.

Wir können und dürfen mit diesem Budgetvorschlag 2005 nicht mehr von Bankrott und Pleite, sondern nur noch von der Gesundung der Stadtfinanzen reden.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

K P Ö

Gemeinderat Josef S C H M A L H A R D T

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich werde jetzt aus den Höhen der Wasserwirtschaft, des Schwimmsports, des Triathlons und der Österreichischen Fußballmeisterschaft mich bemühen, mich auf das Grazer Budget zu beschränken (*Applaus KPÖ*). So schön auch bildhafte Vergleiche sein mögen, leugnet heute niemand mehr den Ernst der Finanzlage der Stadt Graz. Im Vorfeld des Kulturhauptstadtjahres war das anders. Die Bedenken – vor allem der KPÖ-Fraktion in diesem Hause – wegen der Kosten und Folgekosten wurden beiseite geschoben. Das Ergebnis ist uns allen bekannt.

Die beiden Parteien, die sich zu einem Arbeitsübereinkommen in der Stadtregierung zusammengefunden haben, ÖVP und SPÖ, waren damals gemeinsam mit der FPÖ daran beteiligt, als Geld, das wir nicht hatten, mit vollen Händen ausgegeben wurde. Jetzt predigen sie Verzicht und Sparsamkeit.

Etwas ist aber richtig: Es gibt Ursachen für unsere Lage, die nicht hausgemacht sind. Die Stichworte dafür sind bekannt und heute schon mehrmals gefallen:

EU-Stabilitätspakt, Maastricht, Getränkesteuerurteil, Steuerreform und der vielzitierte Finanzausgleich.

Hier haben wir es aber, wie mir scheint, nicht mit einem unabwendbaren Schicksal der Städte und Gemeinden zu tun. Wir sind einer europäischen Strategie ausgesetzt, die im Interesse einer umfassenderen Kapitalverwertung die nachhaltige öffentliche Daseinsvorsorge untergraben soll.

Das Maastricht-Budget zwingt zu Budget-Kunstgriffen und versteckten teuren Kreditaufnahmen und der Spielraum wird immer kleiner.

Die Abschaffung der Getränkesteuer wurde von den österreichischen Unternehmern verlangt und durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs durchgesetzt. Es reißt ein tiefes Loch in die Kassen der Gemeinden – unter anderem deshalb, weil man bei

den Beitrittsverhandlungen darauf verzichtet hat, eine Ausnahmeregelung für die Kommunen durchzusetzen (*Applaus KPÖ*).

Die Finanzausgleichverhandlungen haben für unsere Stadt auch nicht den gewünschten Erfolg gebracht, wie man überhaupt feststellen muss, das Bund und Land mit der Landeshauptstadt Graz eher stiefmütterlich umgehen.

Wenn ich mich erinnere an die Wahlwerbung, zur Gemeinderatswahl wurde sehr oft mit dem Argument geworben, ein ÖVP-Bürgermeister würde sich bei der Frau Landeshauptfrau und beim Herrn Bundeskanzler beim Umsetzen von Grazer Anliegen doch leichter tun, bis jetzt konnten wir das nicht feststellen.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Schmalhardt:** Im Gegenteil, lieber Kollege, immer wieder werden getroffene Zusagen nicht eingehalten oder verzögert.

Viele zusätzliche Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wurden ohne entsprechende finanzielle Abgeltung den Gemeinden übertragen und belasten zusätzlich unsere Stadtkasse.

Hier müsste endlich ein Schulterschluss der betroffenen Kommunen erfolgen und ein gemeinsames Vorgehen bis hin zu Protestaktionen, die zur Bewusstseinsbildung bei den betroffenen Entscheidungsträgern führen könnten (*Applaus KPÖ*).

Es ist für mich ein Zeichen von gespaltenem Bewusstsein, wenn der Bürgermeister und der Finanzstadtrat in diesem Haus oft richtige Worte über den Gang der Entwicklung finden, gleichzeitig aber ihre Parteifreunde in Bund und Land bei den anstehenden Wahlkämpfen, ohne mit der Wimper zu zucken, unterstützen.

Irgendwie müssen wir Mittel und Wege finden, damit man auch auf dieser Ebene spürt, dass man mit der Stadt Graz nicht alles und jedes machen kann.

Wir dürfen nicht mehr ohne Gegenwehr zuschauen, wie die nachhaltige Daseinsvorsorge in Frage gestellt wird und sich alle willkürlich am öffentlichen

Eigentum bedienen .Diese Entwicklungen waren bekannt, als man sich unter dem Motto „ Graz darf alles“ in nicht oder schwer finanzierbare Großprojekte stürzte.

Wir haben ein Kunsthaus, eine Murinsel, einen frei stehenden Lift, ein teures Bürohaus am Mariahilferplatz und anderes mehr. Von einer nachhaltigen Wirkung von „ Graz 2003“ ist weder im Steuertopf noch in der kulturellen Szene etwas zu merken, nachhaltig ist lediglich der Geldbedarf geblieben.

Die damals im Gleichschritt marschierenden Stadtpolitiker Stingl und Nagl haben das Augenmaß für die Größe und damit auch für die Finanzkraft der Stadt aus den Augen verloren.

Wir sind leider keine europäische Metropole sondern eine wunderschöne liebenswerte Stadt mit 230.000 Einwohnern. Für verschwenderische Großprojekte fehlt uns das Geld.

Dass Kunst und Kultur nicht mit betriebswirtschaftlichen Kennzahlen bewertet werden kann, ist selbstverständlich und jedermann bekannt, aber die Frage der Leistbarkeit sei doch erlaubt. Einen Freibrief für Verschwendung sollte es für die jeweiligen Verantwortlichen von kulturellen Veranstaltungen nicht geben.

Der „Steirische Herbst“ möge hier stellvertretend als aktuelles Beispiel genannt werden.

Gleichzeitig werden Schulen geschlossen, die freien Theater eingeschränkt und viele Einrichtungen wie Bäder und Bibliotheken in Frage gestellt.

In diesem Zusammenhang muss ich namens der KPÖ festhalten, dass die grundlegenden Entscheidungen im Rahmen der Aufgabenkritik ohne Einbindung unserer Fraktion erfolgt sind. Man wollte beispielsweise im Schloßbergrestaurant unter sich bleiben.

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Schmalhardt:** Deshalb darf man die Aufrufe an unsere Seite, wir sollten doch Verantwortung tragen, nicht zum Nennwert nehmen. SPÖ und ÖVP wissen, dass Ernst Kaltenegger und die KPÖ für die Privatisierungen von öffentlichem Eigentum noch immer nicht zu haben sind. Wir müssen nach einem Weg der Sanierung der Gemeindefinanzen suchen, der eine soziale Stadtentwicklung weiterhin möglich macht.

Unsere Stadträte Ernest Kaltenegger und Wilfriede Monogioudis haben in ihren Bereichen die vorgegebenen Einsparungsziele verantwortungsbewusst umgesetzt und gezeigt, dass es möglich ist, eine grundlegende Haltung auch unter äußerst schwierigen Bedingungen zu bewahren.

Ein viel strapazierter Rettungsanker zur Lösung der Finanzmisere ist aber weiterhin der Verkauf von öffentlichem Eigentum.

Für uns stellt sich die Frage, mit welchem Recht die heutige Politikergeneration von Generationen geschaffenes öffentliches Eigentum ohne Rücksicht verkauft. Bei den letzten Wahlen haben sie dazu keine Berechtigung, wie ich glaube, erhalten.

Begonnen hat es mit dem Verkauf der Energiebereiche der Grazer Stadtwerke.

Die Grazer Bevölkerung hat sich mit mehr als 30.000 Unterschriften (von KPÖ und Gewerkschaft gesammelt) gegen den Verkauf ausgesprochen.

Alle Warnungen der KPÖ wurden in den Wind geschlagen und der Zick-zack-Kurs der SPÖ endete heuer in einem dringlichen Antrag im Gemeinderat zum Rückkauf der Energiebereiche.

Alle Versprechungen zur Absicherung und zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere Grazer Verkehrsbetriebe, können nicht eingehalten werden.

Die Aussagen von Bürgermeisterstellvertreter Ferk, dass kein Euro aus dem Verkaufserlös zum Stopfen von Budgetlöchern, sondern zweckgebunden für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs verwendet werden sollte, ist mit dem heutigen Budgetbeschluss ins Reich der Fabel einzuordnen. Die noch vorhandenen 71,1 Mio. Euro aus dem Verkauf der Energieschiene der Grazer Stadtwerke werden im Budget 2005 versickern.

Weiter geht es wahrscheinlich in Zukunft zur Rettung des Budgets mit der Ausgliederungen von Kanal und Abfallwirtschaft.

Finanziert soll dieser Deal mit dem Rest des 300-Millionen-Euro-Kredites der Grazer Stadtwerke werden.

Beim Kanal haben wir das Problem, dass ein Vorhandensein der Kanalrücklage nicht mehr gegeben ist und müsste dringend einer Lösung zugeführt werden. Weiters sollten endlich die Außenstände von Anschluss- und Benützungsgebühr eingetrieben werden. Hier werden Großbetriebe mit Steuergeldern großzügig subventioniert.

Bei einer Schuldenlast von fast 600 Millionen darf für solche Schlampereien, wie ich glaube, kein Platz sein.

Die Abfallwirtschaft, wo ja viel Geld zu verdienen ist, wie wir wissen, sollte aus Kostengründen wieder in eine Hand – zu den, und wie wir glauben, zu den Wirtschaftsbetrieben – gegeben werden (*Applaus KPÖ*). Die Einführung einer längst versprochenen ökologisch und sozial ausgewogenes Tarifsystems sollte endlich umgesetzt werden.

Ich höre schon den Aufschrei der Müll-Lobby, aber, aus meiner Sicht und aus unserer Sicht, sollten die Wirtschaftsbetriebe gestärkt werden, um damit offensiv in die Zukunft gehen zu können. Hier ist weniger Privat und mehr Gemeinde zum Wohle der Bürger angesagt.

Die Verkaufssorgie geht, wie wir wissen, ja weiter, so wurden bisher drei Immobilienpakete im Wert von rund 150 Millionen Euro zur GBG transferiert und mit nicht sehr günstigen Krediten belastet. Auch hier sollten die Kommunen wieder versuchen, einen neuen Weg zu gehen.

Auch dieser Betrag der 150 Millionen Euro versickert im Budget und die Belastung für die Rückmietung von Schulen, Kindergärten, Theater, Schauspielhaus, Sportplätzen und anderes mehr belastet künftige Budgets und könnte bei negativer Entwicklung der Finanzmärkte jederzeit von der GBG, wie wir wissen, aus dem Generalfinanzierungsvertrag erhöht werden.

Auf der einen Seite wird munter verkauft und im Gegenzug viel Geld in Beteiligungen gesteckt.

Außer den normalen Gesellschafteranteilen bei Gründung der jeweiligen Gesellschaft werden auch noch jährlich erhebliche Verlustabdeckungen in die 25 Gesellschaften gesteckt.

Auch Sonderzuschüsse sind laufend auf der Tagesordnung.

Schlagwörter wie Beteiligungscontrolling helfen uns auch nicht weiter, ein Umdenken in Richtung Eingliederung in vorhandene Strukturen der jeweiligen Abteilungen der Stadt sollte ein selbstverständlicher Auftrag an die Politik sein; der viel strapazierte Slogan „ Weniger Staat, mehr privat“ ist, wie ich glaube, längst überholt (*Applaus KPÖ*).

Das nächste Ziel der Begehrlichkeit sind die Gemeindewohnungen, hier hat jetzt endlich Bürgermeister Nagl mit offenen Karten gespielt und den geplanten Verkauf zur Sanierung des Budgets 2006 eingestanden.

Der Ausgang der Volksbefragung wird von allen anderen Parteien in diesem Haus zum Anlass genommen, um parteipolitisch motivierte Schlussfolgerungen zu ziehen. Schon die ersten Kommentare von Seiten des Bürgermeisters und des Finanzstadtrates zeigen aber, dass eine Ausgliederung beziehungsweise ein Verkauf der Gemeindewohnungen im Raum stehen und unsere Befürchtungen mehr als angebracht waren. Deshalb an dieser Stelle der Dank an 12.405 Grazerinnen und Grazer, die uns durch ihre Teilnahme an der Wohnungsvolksbefragung den Rücken gestärkt haben. Die nächsten Monate werden zeigen, wie berechtigt unsere Warnungen vor dem Ausverkauf der Stadt waren und sind. Wir werden weiterhin wachsam sein, um die Grundbedürfnisse der Menschen abzusichern (*Applaus KPÖ*). Bei uns wissen die Menschen wenigstens, woran sie sind. Wir sind gegen weitere Privatisierung von öffentlichem Eigentum, wir kämpfen für eine soziale Stadtentwicklung in allen Bereichen.

Deshalb muss sich Politik auf die Grundaufgaben der Gemeinde besinnen und dafür Sorge tragen, dass die öffentlichen Dienstleistungen leistbar für die Menschen unserer Heimatstadt zur Verfügung stehen.

Wir sehen uns als Partner der Bevölkerung und dies merken auch die vielen Menschen der Bürgerinitiativen und Aktivgruppen, wenn wir ihre Anliegen vor Ort und im Rathaus vertreten und vorbringen.

In diesen Sinne wollen wir auch in den kommenden Jahren für die Menschen unserer Stadt arbeiten.

Die Koalition mit dem Bürger ist für uns wichtiger als die Rücksichtnahme auf Lobbys, auf Banken, Versicherungen und auf die jeweiligen Landes- oder Bundesparteien.

Bevor ich nun zum Schluss meiner Ausführungen komme, ist es mir ein Bedürfnis, noch ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiter aller Abteilungen des Magistrates für die hervorragende Unterstützung unserer politischen Tätigkeit hier im Hause zu sagen und Ihnen, werte KollegInnen der Stadtregierung und des Gemeinderates, danke ich für die kollegiale und freundschaftliche Zusammenarbeit (*Applaus KPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Wahrnehmung der Verantwortung unseren Wählern gegenüber werden wir nicht allen Teilen des vorliegenden Budgets zustimmen können.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 15.05 Uhr den Vorsitz.

GRÜNE - ALG

Gemeinderätin Lisa R Ü C K E R

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte am Anfang kurz noch eingehen auf das, was du in deiner Budgetrede gesagt hast, nämlich du hast von einer Trennwende gesprochen, dies ist öfters wiederholt worden und aus Grüner Sicht kann man davon reden, dass es einerseits Trendwende ja, andererseits Trendwende nein. Eine Trendwende erkennen wir auch in dem Begriff, den du genannt hast politische Redimensionierung, wo wir sehr wohl Befürchtungen haben, die, ich werde später auch die Power Point verwenden, aber das wird noch ein bisschen dauern. Also dass wir eine politische Redimensionierung im negativen Sinne befürchten, nämlich die Entdemokratisierung und das Zurückdrängen des Politischen. Eine Trendwende nein, weil uns der Beweis für eine Zukunftsorientierung bis jetzt noch nicht ersichtlich ist. Das werden wir nach wie vor einfordern, aber bisher können wir das noch nicht wirklich erkennen. Was ein bisschen mit Sorge erfüllt ist die Stimmung, die sich in den letzten Gemeinderatssitzungen hier herinnen schon deutlich macht, die auch heute wieder so ganz eindeutig hier zeigt, das ist die Leidenschaftslosigkeit mit der da herinnen über so wesentliche Fragen wie die Zukunft dieser Stadt diskutiert wird. Die Leidenschaftslosigkeit für diese Stadt ist einfach spürbar und wenn das so weitergeht, dann ist das schon etwas, wo ich mir denke, da wird die politische Substanz ausgehöhlt und da fragt man sich dann schon, in welche Richtung wird das gehen. Also es tut mir einfach Leid, dass wir das so stark spüren müssen, vielleicht kann sich da was ändern in Richtung einer Trendwende, aber das wäre dringend notwendig.

Graz ist anders! Graz kann anders sein. Graz ist offensichtlich eine Stadt, die quirlig und lebendig sein kann, Graz ist eine Stadt mit sehr vielen Potentialen, sie liegt ja auch in einem Wirtschaftsraum, wo wir feststellen müssen leider, dass Slowenien inzwischen zum Beispiel die Steiermark schon überholt hat, Graz war nicht umsonst

Kulturhauptstadt, diese Stadt war das zu Recht und war das zu Recht in diesem schönen Jahr 2003. Graz ist überschaubar, was auch die sozialen Probleme angeht, Graz ist anders. Graz hat für viele Menschen noch immer eine hohe Lebensqualität und das ist auch gut so. Doch Graz hat auch einiges versäumt. Graz würde ganz dringend Zukunftsorientierung und Entwicklung brauchen, damit es auch weiterhin lebenswert für viele Menschen bleibt. Diese nachhaltige Entwicklung trauen wir Grüne dieser Stadt auch zu und ihren Menschen trauen wir das auch zu. Nur tun das auch jene, die hier politisch die Verantwortung tragen? Hier scheint Graz etwas anders als andere Städte zu sein.

Graz ist eben auch ein politisches Phänomen: Graz hat seit Jahren ein echtes Verkehrs- und Feinstaubproblem und außer Ankündigungen ist bisher noch keine konsequente Verkehrspolitik zu erkennen. Graz hat einen schon seit Jahren absehbaren maroden Haushalt, der dazu zwingt, gemeinsam, mutig und konsequent Politik zu machen. Stattdessen entsteht hier der Eindruck, dass die Stadt aufgegeben wird, die Verantwortung weiterhin hin und hergeschoben wird. Die Wirtschaftlichkeit wird ohne Frage nach der Zweckmäßigkeit in den Vordergrund gerückt und sie dominiert inzwischen die politische Praxis. Wenn ich „nur“ eine Grazer Bürgerin wäre, und mich die Politik fragen würde (was sie geflissentlich vermeidet), was wäre für mich wesentlich?

Welches Bild stellt sich mir dar, interessiert irgendwen der Verantwortlichen, wie ich die Stadtpolitik erlebe? Was brauche ich als Bürgerin, um an diese Stadt und ihre Zukunft glauben zu können? Kann diese Regierung mir diese Fragen alle beantworten?

Kurz hätten wir denken wollen, Graz ist anders, sei besonders und vieles sei möglich. Der letzte Budgetbeschluss fiel ins Ende des Jahres 2003 – dem Kulturhauptstadtjahr – und schon damals zeichnete sich ab, was wir heute vorfinden: der große Katzenjammer und keine Vision darüber hinaus.

Und ich erlaube mir jetzt auch mich des Mittels der Technik zu bedienen, um in augenzwinkernder Form in einer kurzen symbolischen Darstellung etwas an die Wand zu projizieren, was zum Ausdruck bringt, was auch ein Eindruck ist, der derzeit für uns in Graz entsteht. Es geht um die Frage, ob jetzt in Zukunft die Finanzpolitik durch die Finanzlogik, durch die Finanztechnik ersetzt wird. Ich bitte, jetzt die Präsentation an die Wand zu geben.

Die Frage ist, was ist falsch, wenn alles richtig erscheint und es geht uns darum, darauf hinzuweisen, dass momentan sehr viel um Ziffernlogik geht und Zahlen, aber dahinter die Frage immer wieder aufklafft, wo geht es hin? Welchen Weg werden wir gehen? Wie soll diese Stadt aussehen, wohin soll sie sich entwickeln?

Was geschieht zwischen 2005 und 2010, wenn die Vision ist, im Jahr 2010 ist das Budget in den Griff bekommen worden. Wird die Stadt inzwischen zugesperrt und dann wieder feierlich eröffnet?

Diese Frage wird derzeit völlig dem Diktat der Zahlen untergeordnet. Doch wer definiert das Ziel, wer übernimmt die Verantwortung für die Zukunft, die eben nicht nur aus Ziffern besteht? Kann mit reiner Finanzlogik, mit reiner Finanztechnik politisch gestaltet werden und will das überhaupt noch irgendwer?

Wenn ich jetzt als Bürgerin, sozusagen von außen, diese Stadtregierung beobachte, was fällt mir dann auf?

- ⇒ Ein Jahr 2004, in dem die Aufbruchstimmung durch das Kulturhauptstadtjahr nicht genutzt wurde. Schon Ende des Jahres 2003 brach hier aufgrund einer fehlenden Nachhaltigkeitskonzeption der Katzenjammer aus.
- ⇒ Eine Stadtregierung, die sich über ihre Ziele nicht einigen kann, und eigentlich nicht weiß, wohin der gemeinsame Weg geht beziehungsweise ob es überhaupt einen gemeinsamen Weg geben soll. Dies kann sich eine Regierungspartnerschaft vielleicht in stabilen Zeiten leisten, aber sicher nicht, wenn die Substanz einer Stadt auf dem Spiel steht. Eine Partnerschaft in dieser Form ist natürlich keine Liebesehe, das erwartet auch niemand, aber es ist eine Zweckbindung und in dieser Zweckorientierung sollte auch immer wieder danach gefragt werden, was ist das Gemeinsame, was ist das, was gemeinsam mutig und Anstrengung möglich macht.
- ⇒ Wir erleben eine Politik, die sich aufgibt und die Verantwortung immer wieder anderen zuordnet. Und bei allem Verständnis: Die Rahmenbedingungen, die haben wir x-fach hier gehört, darüber haben wir viel gehört und gerade deshalb ist politische Steuerung hier vor Ort wichtiger denn je. Nichts ist gottgegeben, auch unsere Rahmenbedingungen sind nur durch Aktivität und klares Auftreten zu verändern.

- ⇒ Eine Stadt mit wenig Selbstbewusstsein und ohne Vision. Wofür soll ich als Bürgerin bereitwillig den so genannten Gürtel enger schnallen, wenn da nichts in Sicht ist, woran ich glauben soll?
- ⇒ Eine Stadt investiert fast nicht mehr. Dringend notwendige Maßnahmen werden auf die lange Bank geschoben. Erübrigen sich diese Maßnahmen dadurch oder werden sie dann in längerer Sicht nicht teurer? Öffentliche Investitionen sichern Aufträge für Unternehmen in dieser Stadt, sie sichern Arbeitsplätze und sorgen für eine lebendige Stadt in der Entwicklung. Und Zukunftsorientierung ist die beste Wirtschaftsförderung.

Was ist nun der Grazer Weg? Es haben sich die regierenden Parteien dazu entschlossen, mit Hilfe des Projektes Aufgabenkritik stadintern den Konsolidierungsprozess zu beginnen. Ein Kraftakt – keine Frage, es haben ja auch sehr viele sich daran beteiligt mit hoher Anstrengung. Aber ist dieser Weg in dieser Form der richtige, auch wenn er als solcher erscheint?

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, wie sehr wir hinter dem Projekt der Aufgabenkürzungen eine klare Politik, eine Zielsetzung vermissen. Wir haben auch mehrfach darauf hingewiesen, dass einen so schwer wiegenden Kurs nur eine sehr gut miteinander kooperierende Regierung umsetzen kann. Die Voraussetzung dafür ist, sich über die Kernaufgaben einer Stadt einmal klar zu werden und herauszufinden, wie sie optimal umgesetzt werden können, das wäre auch das Ziel einer Aufgabenkritik, wenn sie so umgesetzt werden würde beziehungsweise auch darüber Entscheidungen zu treffen, für welche Aufgaben die Stadt nicht mehr zuständig ist. Dieser Auseinandersetzung über die Kernaufgaben wurde bisher aus dem Weg gegangen. Welche Aufgaben dienen dem öffentlichen Interesse? Wie sind sie sicherzustellen? Doch hier liegt auch der Schlüssel. Stattdessen wird die Stadt mit einem Unternehmen gleichgesetzt, während dabei übersehen wird, dass eine Stadt sich die Produktpalette eben nicht aussuchen kann und das Gemeinwohl immer über allen Zielen stehen sollte.

Der Prozess der so genannten Aufgabenkritik wurde ohne diese Grundlage zu einem reinen Verschieben von Ziffern und Zahlen, ohne die Menschen dahinter wahrzunehmen. Was unter dem Strich als Einsparungspotential angekündigt wird, das zählt. Es zählt überhaupt nicht, welche Folgen und Konsequenzen die gesetzten

Maßnahmen haben werden. Dies ist aber notwendig, wenn nicht Unterschiede zwischen Menschen in dieser Stadt verstärkt werden sollen. Wie schon mehrfach von uns ausgeführt, ist „paren“ eben nicht neutral. Einsparen von Dienstleistungen und Qualität trifft alle, überwiegend Frauen. Dies ist umso fataler, wenn die Entscheidungen - wie wieder angekündigt im Budgetbegleitpapier - ausschließlich von Männern getroffen werden. Die Konsolidierungsgruppe wird, so wie es aussieht, auch weiterhin ohne Frauen auskommen. Da frage ich mich halt dann, wenn man schon einen Artikel über Gendermainstreaming in der Zeitung liest, wie weit das ernst genommen wird.

Die von mir mehrfach eingeforderte Folgekosten und Konsequenzabschätzung der getroffenen Maßnahmen, die auch mir versprochen wurde, dass das bis heute stattfindet, hat bisher nicht stattgefunden.

Und was wird uns präsentiert, sehr kurz vor dem Gemeinderat zum Budget, das ist eigentlich noch knapp vor dem Wochenende gewesen, die so genannten Arbeitsprogramme der einzelnen Regierungsmitglieder und da scheint uns doch die Zielformulierung etwas dürftig zu sein. Es gibt nämlich eigentlich keine Zielformulierung in den Arbeitspapieren der Stadtsenatsreferenten und -referentinnen. Es gibt keine Zielformulierung, an der dann ein Ergebnis gemessen werden kann. Keine einzige Referentin, kein einziger Referent geht auf die Frage ein, wie entstehende Engpässe der Versorgung der BürgerInnen anzugehen sein werden. Es ist bis heute nicht der Eindruck entstanden, dass über die Ressorts hinweg gedacht wird. Die StadtsenatsreferentInnen tragen ebenso einzeln als auch gemeinsam Verantwortung für die Zielsetzungen dieser Stadt, aber diese Zielsetzungen sind nicht erkennbar und deswegen auch in diesen Zielformulierungen keine echten Ziele.

Wir fragen uns langsam, nachdem jetzt über Beteiligungsmanagement gesprochen wird und dort über Beteiligungscontrolling, ob es nicht höchst angebracht wäre, endlich auch ein Politikcontrolling in Graz einzuführen, das überprüft, ob das, was geplant wird, auch wirklich umgesetzt wird.

Aber dieses Controlling geschieht derzeit über reine Ziffern. Längerfristig höhlt dies eine Stadt aus und stellt den Gestaltungswillen letztendlich in Frage. Vielleicht sollten sich einige von uns hier herinnen überlegen, wozu sie hier überhaupt sitzen?

Was ist also falsch, wenn alles richtig erscheint?

Dass wir Grüne auch diesem Voranschlag nicht zustimmen werden, hat mehrerlei Gründe: Wir sind einerseits mehr als skeptisch, ob mit reiner Finanzlogik eine Stadt zu steuern ist und wir wundern uns über das teilweise noch schwach ausgeprägte Verantwortungsgefühl der handelnden Personen. Wir sind nicht bereit mitzuschaukeln, wenn einer Stadt ein Grab geschaukelt wird, bevor sie gestorben ist. Wir lassen uns nicht gerne einreden, es gäbe keine Spielräume, wenn gleichzeitig noch immer gerne ausgegeben wird ohne klares Konzept. Ich erinnere an die leidige Frage des Handelsmarketings und auch an andere Gesellschaften. Auf der anderen Seite werden Schulen zugesperrt, das Kinderbüro und das Frauendoku gestrichen, wobei sich diese Kosten wirklich nicht dramatisch und erschütternd auf das Budget auswirken. Das ist ein echtes Armutszeugnis.

Eine Konsolidierung einer derart prekären Situation braucht mehr als die reine Rechenkunst, sie braucht die Kunst der Politik und die fehlt uns.

Diese Stadt wird sich nicht aus eigener Kraft sanieren, und das schon gar nicht, wenn die übergeordnete Zielsetzung fehlt. Diese Stadt braucht die Anstrengung und Konsequenz der Verantwortlichen, auch die Rahmenbedingungen ändern zu wollen. Und da wundern wir uns immer wieder, wie wenig eindringlich auch innerhalb der Parteien, und da denke ich vor allem an ÖVP bis hinauf ins Land und Bund, wo ihr ja auch die Mehrheit stellt, die Stadt und ihre Interessen vertreten werden. In diesem Haus, noch im Sommer oder vor dem Sommer wurde noch ganz lauthals, auch von Ihnen, die Steuerreform gelobt und darauf hingewiesen, was die Steuerreform denn nicht für ein Segen ist. Jetzt sehen wir im Budgetvoranschlag, dass die uns zehn Millionen Euro kosten wird. Hier in diesem Haus wurde auch über eine Pensionsreform gejubelt, die nachweislich und inzwischen auch absehbar zu vermehrter Armut vor allem wieder bei Frauen führen wird und wo dann diese Armut finanziert werden wird und wo diese Armut zum Tragen kommt, das wird wieder auf dieser Ebene hier in der Stadt sein und da frage ich mich schon, inwieweit da durch die Partei hindurch endlich eine klare Vertretung der Interessen dieser Stadt nach oben hin stattfindet. Das heißt, hier handeln Sie eigentlich gegen das eigene Interesse.

Es wird sehr stark vermittelt, die Stadt hat keine Spielräume mehr, wir sehen auch anhand des letzten Rechnungsabschlusses schon sehr deutlich, dass sehr wohl mit mehr Transparenz und einer klareren politischen Steuerung Spielräume erobert werden können. Das eine Beispiel der Einnahmerückstände, das müsste eben nicht sein, wenn mehr Konsequenz an den Tag gelegt würde, das ist immerhin ein ziemlicher Brocken Geld, der fast die Lücke des letzten Saldos ausmacht zwischen Einnahmen und Ausgaben. Und die Frage ist auch, was in diesem Bereich an indirekten Subventionierungen passiert, das müsste man sich auch einmal näher anschauen, ich denke, da könnte man über Finanzflüsse sehr wohl Spielräume entwickeln.

Spielräume werden eben auch wieder rückerobert, wenn die ausgelagerten Gesellschafter stärker unter städtische demokratische Steuerung und Kontrolle kommen. Da gibt es auch die ersten Ansätze, da werden wir weiterhin genau hinsehen. Die Vermögensverkäufe, ein Thema, das uns ja auch schon länger bewegt, das jetzt wieder akut und aktuell stattfindet, verschleiern ebenfalls und tragen nur vordergründig zu einer Haushaltssanierung bei. Und auch hier unter der Prämisse der Zahlenlogik. Diese Praxis ist riskant und schafft bei zusätzlicher Auslagerung von Aufgaben Parallelstrukturen, die unserer Meinung nach und auch schon sichtbar letztendlich womöglich teurer werden, ganz abgesehen von der Sicherstellung des öffentlichen Interesses, das damit in Frage kommt. Und ich wundere mich auch, wenn du, Wolfgang Riedler, hier Maastricht, die Zielerreichung so unhinterfragt als positiv schilderst, ich denke, Maastricht ist ja auch eine der Gründe dafür, die uns dazu zwingt, mit Zahlen zu tricksen und das müsste man auch einmal zu hinterfragen beginnen.

Und die Vision Graz 2010, Graz kann anders sein. Graz kann die Feinstaubstadt Nr. 1 bleiben, Graz kann ein ungelöstes Verkehrsproblem haben, Graz kann auch weiterhin keine Entscheidungen in Richtung Zukunft treffen, Graz kann alle Investitionen einstellen, das ganze Vermögen verlagern und auf die politische Steuerung verzichten. Kurz: Graz kann sich aufgeben. Aber die Politik kann sich das schon längst nicht mehr leisten. Denn das kostet viel mehr, als wir in reinen Zahlen und Ziffern beziffern können. Es kostet die Lebensqualität und die Gesundheit der

Menschen und es kostet den Glauben an die Zukunft unserer Stadt und das ist der teuerste Faktor.

Graz könnte auch anders. Gerade jetzt wäre eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Grazer BürgerInnen von großer Bedeutung. Da werden wir sehen, ob die Werkstatt Graz einen Beitrag dazu liefern kann, so lange wurde noch kein Stück vorbereitet. Aber es ist einfach deutlich, dass es trotzdem nicht gesichert ist und dass nicht alle wissen, worum es dabei geht und es wäre eigentlich die Voraussetzung, wenn man sich auf einen Prozess in dieser Größenordnung einlässt.

Wir wollen eben nicht riskieren, dass mehr Menschen sich nicht mehr ernst genommen fühlen, das ist mühsam, aber nicht unmöglich, das glauben wir jetzt auch noch.

Dabei geht es nicht darum, die Verantwortung über eine sozial und ökologisch ausgewogene Verteilungspolitik auszulagern, diese Verantwortung, die liegt da herinnen und die muss auch weiter hier getragen werden. Aber mit Mut und Geduld könnte man einen Prozess entwickeln, der die politischen Prioritäten mit Hilfe der Auseinandersetzung mit den BürgerInnen, die hier leben, klarer erkennen lässt. Ist es nur eine Vision? Die Werkstatt Graz könnte ein erster Schritt sein, dann würden wir wo möglich morgen woanders stehen.

Diese Stadt hat mehr verdient, sie hat auch mehr Potenzial, als ihr derzeit von den eigenen PolitikerInnen zugetraut wird. Wir selbst und die Menschen, die hier leben, brauchen eine Vision, ein Bild von einem zukünftigen Graz.

- Dazu braucht es aber endlich eine Klärung über die Kernaufgaben.
- Dazu braucht es endlich Mut und Entscheidungen.
- Dazu braucht es politischen Gestaltungswillen.

Graz kann anders sein. Graz kann lebenswert sein. Graz kann, wenn die Politik will. Dieser Wille ist aus unserer Sicht noch aber nicht spürbar, deswegen werden wir diesem Voranschlag nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

FPÖ

Gemeinderätin Dr. Andrea SICKL

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Sehr geehrte
Zuhörer!

Ich sehe, es sitzen fünf Stadtsenatsmitglieder noch da, auch die Zahl der
Gemeinderäte hat sich sehr stark dezimiert, es ist schon spät heute, aber es
scheint mir eine gute Vision zu sein im Sinne des Sparens für die nächste Periode
im Gemeinderat, aber das war jetzt nur eine Bemerkung am Rande.

Alle Jahre wieder, die Budgetdebatte. Eine unendliche Geschichte, das Grazer
Budgetdesaster.

Die Schlagzeilen vom Vorjahr haben heute noch Gültigkeit:

„Mit Rotstift und Verkäufen zum Budget“ oder
„Die Stadt steuert direkt auf den Bankrott zu“ oder
„Tarife legen kräftig zu, Projekte specken ab“.

Nein, für mich haben diese Worte nicht nur Gültigkeit - sie haben noch größere
Dramatik bekommen.

Die Stadt steht nach Jahren der Großzügigkeit vor dem finanziellen
Scherbenhaufen!

Es wird Sie nicht überraschen, dass die freiheitliche Faktion der Grazer
Schuldenpolitik nicht zustimmen kann und das Budget mitbeschließen wird.

Ein Jahr wurde regiert, ein Jahr war die Möglichkeit, neue, innovative und
langfristige Ansätze zu bringen – was ist geschehen? Was hat sich verbessert?

Mit einem Wort gesagt: Nichts, nichts außer einer gewaltigen Belastungswelle für die Bürgerinnen und Bürger, Gebührenerhöhungen und Mehrbelastungen in fast jedem Bereich.

Die Prüfer des Stadtrechnungshof schlagen Alarm - und das nicht von ungefähr: die Stadt Graz bewegt sich auf Dimensionen zu, die uns unter Kuratel des Landes bringen kann und wir haben das auch heute bereits gesehen in dieser Power-Point-Präsentation. Der Grazer Schuldenberg bedeutet für uns, für die Stadt Graz einen Schuldendienst von 9,2 % - und ab 10 % müssen wir bei Neuverschuldungen das Land um Zustimmung fragen.

Und der Herr Bürgermeister sagt zufrieden: „Wir haben unsere Hausaufgaben gelöst.“ Auch Herr Vizebürgermeister Ferk ist zufrieden, wenn er sagt: „Es wird Einschnitte für alle Schichten geben, aber die Politik des sozialen Augenmaßes wurde beibehalten.“ Da kann ich nur sagen, heute haben wir so eine tolle Briefzettelaktion bekommen von der Plattform steirischer Sozialeinrichtungen und da zitiere ich: „Gleichwohl soll ein Budget beschlossen werden, das einschneidende Kürzungen in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Kultur, sowie Jugend- und Frauenförderung vorsieht“ und da appellieren sie an die verantwortlichen Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, kein Budget zu beschließen, das einen Abbau der angesprochenen Leistungen vorsieht. Also das ist die Politik des sozialen Augenmaßes, verstehe ich eigentlich auch etwas anderes darunter, weil nur im Sparmodus blinkende Verkehrsampeln, kein Jugendtaxi, kein Kinderbüro, keine Riesschule, keine Kroneschule und keine Wielandschule und der Herr Gemeinderat Zenz hat heute so schön gesagt, das Budget ist ein Erfolg, das kann ich nicht nachvollziehen.

Für mich ist kein Licht am Ende des Tunnels erkennbar!

Es wundert mich nicht, dass viele Grazerinnen und Grazer ins Umland flüchten! Graz ist unattraktiv geworden. Beim Wohnen, beim Einkaufen, beim Parken und das ist nicht genug - wer fühlt sich in unserer Stadt schon sicher? Bei steigender Kriminalität, Drogen, Punks etc.

Und das Sparen trifft nur die Bürger – bei den Politikern hingegen sind es nur Lippenbekenntnisse – wie sonst kann es sein, dass in den politischen Büros seit 2003 13 Mitarbeiter mehr beschäftigt sind?

Auch unsere Forderung nach einer Reduktion der Stadtregierung und die Reduktion der Gemeinderäte ist auf taube Ohren gestoßen – aber genau das wäre ein wichtiges Signal gewesen. Ich weiß, es gibt diesen Arbeitskreis, nur bei diesen Streitereien im Gemeinderat kann eine Neuwahl jederzeit ins Haus stehen, also so würde ich das nicht sehen. Also, das ist für mich der falsche Weg und deswegen erwarte ich, dass dieser Arbeitskreis bald ans Land tritt mit Forderungen und mit dieser Reduktion und genau das wäre das Signal an die Bürgerinnen und Bürger gewesen, das hätten sie auch verstanden.

Zwischenruf GR. Herper: Ist im Land auch zurückgestellt.

Dr. **Sickl**: Graz hat sich das Kulturjahr geleistet. Und der Bundesrechnungshof von 2003 hat in seinem Bericht klar aufgezeigt, dass das Kulturjahr 2003 und die dafür notwendigen Investitionen die Hauptursache der erdrückenden Schuldenlast war. 2003 hat Graz über die Grenze bekannt gemacht, aber jetzt sind die Nachwehen spürbar, da nicht auf das Budget geachtet wurde und alles, was gut und teuer war, wurde bewilligt, so schaut es aus.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: 2002 habt ihr ja zugestimmt, wir nicht.

Dr. **Sickl**: Entschuldigung, ich stehe jetzt da und halte meine Budgetrede und das sind die Nachwehen und wenn der Finanzreferent sagt, das und das ist drinnen im

Budget, ist es sehr schwierig für andere Mitglieder der Stadtregierung zu sagen, nein, das ist jetzt zuviel. Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht und diese Fehler der Vergangenheit zeigen sich ja jetzt, was ist zum Beispiel mit der Lishalle und dem Steirischen Herbst, wie soll es da weitergehen? Oder das Kunsthaus, die Errichtungskosten von 36 Millionen Euro, jetzt gibt es die Betriebskosten von vier Millionen Euro im Jahr. Die Kulturservicegesellschaft, ein Kulturkrieg zwischen Stadt und Land.

Nicht einmal bei den wichtigsten Projekten können sich die Stadt und das Land auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen und die Stadt hat es nur noch nach zähem Ringen geschafft, hier ihren Teil an der Nachfolgegesellschaft von Graz 2003 beizusteuern.

Und der Herr Stadtrat Buchmann hat gesagt: „Ein Erfolg der Vernunft.“

Ich finde, das ist peinlich für eine Kulturhauptstadt, dass dieser wichtige Schritt erst mit Ende April 2004 gesetzt wurde – wo dieses Problem ja evident war und auch das Hick-Hack und der Sondergemeinderat, interessanterweise auch in einer Partei oder innerhalb einer Partei waren ja diese Unstimmigkeiten also wirklich offensichtlich, hat das auch klar zum Ausdruck gebracht.

Auch das Hauptquartier von 2003 am Mariahilferplatz ist ein Fall für sich. Drei Millionen Euro Miete für das Haus, das muss die Stadt Graz bis zum Jahr 2021 entrichten. Ein Beitrag, wo ich meine, man hätte das Gebäude kaufen können. Und zusätzlich beinhaltet dieser Vertrag einen Passus, dass eine Kündigung erst nach 20 Jahren möglich ist. Was hat man gemacht mit diesen Räumlichkeiten, da man nicht gewusst hat, was man damit tun soll, die A 15 – das Amt für Wirtschaft hat wieder siedeln müssen, die haben erst ihre neu adaptierten Räume in der Jungferngasse bezogen und jetzt sind sie halt in das Hauptquartier oder das ehemalige Hauptquartier von Graz 2003 gesiedelt, haben sie müssen, obwohl jeder weiß, dass die Miete viel teurer ist als in der Jungferngasse. Also ich kann dem damals zuständige Liegenschaftsreferenten der jetzt nicht anwesend ist, nur gratulieren, er hat wirklich sehr „gute Arbeit“ geleistet und das ist wieder einmal eine Mehrbelastung für die Grazerinnen und Grazer! Die Euphorie über das Kulturhauptstadtjahr hat sichtlich auf beiden Augen blind gemacht!

Und solche Akte der Säumigkeit gibt es zur Genüge:

Ich weiß nicht, wenn alles so lustig ist, dann verstehe ich gar nicht, warum wir da eine Generaldebatte abhalten, weil da könnte sich jeder eigentlich draußen ans Buffet oder beziehungsweise irgendwohin gehen und dort einen Kaffee trinken, ist doch alles viel lustiger, oder? Ich habe auch aufmerksam zugehört, also ich erwarte das jetzt auch von den Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf GR. Herper: Aber ihr seid doch überall dabei.

Dr. **Sickl**. Auch das Stichwort Landessicherheitsgesetz. Wollen Sie reden an meiner Stelle, ich habe kein Problem, (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*) ich melde mich dann später noch einmal und rede das fertig, kein Problem für mich.

Stichwort Landessicherheitsgesetz, haben wir ja auch im Gemeinderat vor kurzem erst gehabt, ich habe einen Antrag im September 2003 im Gemeinderat gestellt – der hat damals keine Mehrheit gefunden – obwohl damals die Problematik der Bettelei– wie auch heute - akut war.

Der Bürgermeister hat damals in seiner Stellungnahme im Gemeinderat bestätigt, dass er sehr viele Anrufer gehabt hat und sehr viele besorgte Bürgerinnen und Bürger zu ihm gekommen sind und gesagt haben, da muss was gemacht werden und trotzdem hat die Stadtregierung keinen Mut zur Veränderung.

Und im Sommer waren Schlagzeilen wie zum Beispiel „Alkoholproblem auf dem Hauptplatz“ oder „Stadt muss Belästigung untersagen!“ oder aber „Jetzt muss endlich was passieren!“. Betrunkene Punks sorgten am Erzherzog-Johann-Brunnen, dem Mittelpunkt der Stadt Graz, für Unmut, für Angst und jede Menge Dreck.

Und erst als dieses Punkproblem am Hauptplatz so akut wurde, hat sich plötzlich Panik breit gemacht unter den Politikern – übrigens hat mein Kollege Harald Korschelt diesbezüglich schon viel vorher zwei Anfragen an die Frau Staedrätin

Kaltenbeck-Michl gestellt und dann haben die besten Juristen in der Folge mit der Bundespolizeidirektion eine ortspolizeiliche Verordnung ausgearbeitet und dies sollte dann im Gemeinderat beschlossen werden – begleitend mit sozialen Maßnahmen, finde ich übrigens auch sehr wichtig. Was ist passiert? Der Mut hat wieder einmal die SPÖ-Fraktion verlassen und wir haben die Entscheidung auf die Landesebene geschoben, obwohl die Stadt Graz dieses Problem hätte durch diese ortspolizeiliche Verordnung viel besser, viel schneller und viel effektiver hätte regeln können (Applaus FPÖ).

Und was kommt unterem Strich heraus?

Tretende Punks, pöbelnde Betrunkene, verletzte Polizisten, leere Versprechungen und verängstigte Passanten - der Grazer Hauptplatz als Trauerspiel!

Aber genauso zeigt sich halt das Bild der Stadt Graz nach außen.

Die Stadtreger schaffen es, sich gegenseitig so zu blockieren, ich weiß nicht warum, sind es parteitaktische Gründe, aus Wehleidigkeit. Ich weiß es nicht, eines ist aber sicher – diese Politik geht zu Lasten der Bürger!

Ein ähnliches Beispiel im November im Gemeinderat, Stichwort Videoüberwachung am Jakominiplatz.

Obwohl jeder weiß, und der Herr Bürgermeister hat das damals auch nochmals explizit gesagt, wird im neuen Sicherheitspolizeigesetz die Möglichkeit der Videoüberwachung auf rechtlicher Ebene geschaffen und wir als Gemeinderat der Stadt Graz schaffen es nicht, diese Forderung explizit in den Antragstext hinein zu nehmen – warum eigentlich, ich verstehe das nicht.

Kann man nicht klar dazu stehen, dass die Videoüberwachung etwas bringt? Ich möchte das Beispiel Salzburg anführen, dort hat man das auch mit Videoüberwachung und anderen Maßnahmen, immer in einem Paket natürlich gesehen, hat es viel dazu beigetragen erfolgreich zur Abschreckung der Vandalen, beigetragen zur Abschreckung der Vandalen. Und ich sage Ihnen ehrlich, wenn es nur das subjektive Sicherheitsgefühl des Einzelnen verbessert, man muss alles probieren und versuchen und übrigens auch Wien, das sozialdemokratische Wien wagt einen diesbezüglichen Vorstoß und auch im Nationalrat in Wien haben die Genossen der SPÖ der Videoüberwachung zugestimmt.

Auch Deutschland macht es viel besser.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wir sind doch keine Genossen...

Dr. **Sickl**: Sie haben aber zugestimmt im Nationalrat. Auch Deutschland macht es viel besser als wir in der Stadt Graz. In Baden-Württemberg zum Beispiel ist die Videoüberwachung eine gemeinsam getätigte Maßnahme von Polizei und Kommune. Und sie haben eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit initiiert, wo die von der Überwachung betroffenen Menschen, wo denen klar gemacht wurde, dass es sich um Maßnahmen handelt, die zur Steigerung des Sicherheitsgefühls beitragen und nicht die persönliche Freiheit einschränken. Und eine Umfrage hat ergeben eine Akzeptanz von 84 %.

Ich sehe, dass in Deutschland ein viel verantwortungsvollerer Umgang mit dem Thema Sicherheit vonstatten geht. Und bei uns, wenn man mit diesem Thema kommt, wird man von so mancher Partei sofort ins rechte Eck gestellt. Die SPÖ traut sich hier überhaupt keine klare Linie zu fahren, weil es ist sehr schade, dass es hier eben kein klares Bekenntnis zu mehr Sicherheit gibt, denn Videoüberwachung ist nicht als einzelne polizeiliche Maßnahme zu sehen, sondern immer als Teil eines ganzen Sicherheitskonzeptes mit starker kommunaler Einbindung. Und genauso wollten wir das am Jakominiplatz haben und so haben wir das auch gefordert. Videoüberwachung, Notrufsäule, mehr Polizeipräsenz, mehr Licht, also eine Summe von Maßnahmen.

Apropos: Der Sicherheitskreis, den haben wir im September dieses Jahres beschlossen, möchte ich mich auch dafür bedanken, weil doch die Mehrheit des Gemeinderates meinem Antrag zugestimmt hat, nur wie ist mit diesem Antrag umgegangen worden? Hat er sich bereits konstituiert? Wenn ja, also wir haben sicher keine Einladung dazu bekommen. Und ich persönlich glaube ja, dass noch nie eine Sitzung stattgefunden hat.

Und damals, damals, kann ich mich noch genau erinnern an die Debattenbeiträge, hat es geheißen, es passiert sehr viel im Bereich der Sicherheit, nur im Gespräch mit Bürgern, in den Zeitungen da kann man nichts bemerken. Wie auch? Es scheint mir, dass es nur leere Lippenbekenntnisse und Worthülsen sind!

Und ich stelle noch eine Frage. Trauen Sie sich nicht, sich für die Sicherheit einzusetzen, weil die Zahl von Asylwerbern, die einer Straftat verdächtigt werden, ebenso stark zugenommen hat wie die Straftaten von Ausländern insgesamt? Es ist übrigens im Sicherheitsbericht nachzulesen. In der SPÖ sehe ich das so, dass sich Pragmatiker, die einerseits den Kurs der Bundesregierung unterschreiben könnten und der linke Flügel mit seiner „Ausländer rein-Ideologie“ diametral gegenüberstehen.

Schützt man deswegen die Grazerinnen und Grazer nicht, weil man Asylwerber und Ausländer angreifen müsste? Toleranz und Verständnis für jeden Gast, auch wenn er kriminell ist? Hat man Scheuklappen angelegt, wenn es um die Anliegen der Grazerinnen und Grazer geht? Für uns Freiheitliche kommt Graz zuerst!

Auch ein Thema, das mich in der letzten Zeit oder im letzten Jahr sehr beschäftigt hat, ist das Univiertel. Auch das Univiertel zeigt ein Bild der Untätigkeit der Stadtpolitiker. Es wurde zwar eine Mediation einberufen, Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg ist sehr bemüht, mich hier zu unterstützen, damit es zu Verbesserungen kommt (*Applaus ÖVP*) – aber es darf nicht zur Abschiebung der Verantwortung der Stadt kommen. Das Univiertel ist ein Wohngebiet und keine Partymeile! Es muss Schluss sein, dass es immer mehr Lokale und Gastgärten gibt. Übrigens jetzt wurde wieder ein neues Lokal in der Elisabethstraße eröffnet und im Stadtentwicklungskonzept, das ja auch im Gemeinderat beschlossen wurde, ist klar festgehalten, dass die Gewerbeordnung dahingehend novelliert werden muss, damit es zu einer Konfliktminimierung von Vergnügungsstätten mit dem Wohnumfeld kommt. Ich frage Sie: Was ist in diese Richtung geschehen??

Hier ist ebenfalls eine klare Linie, eine klare und eindeutige Linie der Stadtpolitik gefragt, die klar sagen muss, auf welcher Seite sie steht – auf der Seite der Wirte oder aber auf Seiten der Bürger, die in der Nacht nicht mehr schlafen können?

Und noch eine Frage beziehungsweise etwas, was mir ein Anliegen ist, wo ich nicht genau weiß, wo der Weg hinführt, ist das Bad Eggenberg. Bleibt es weiterhin eine Sickergrube, so wie ich es in der Zeitung lesen kann. Gibt es jetzt eigentlich dafür Mittel?

Der Herr Bürgermeister-Stellvertreter Ferk hat es treffend formuliert und ich zitiere ihn da: „Gelingt uns das nicht, sind wir rückttrittsreif!“

Und wie man weiß, wurde das neue Bad Eggenberg schon vor Jahren beschlossen, nur in dieser Angelegenheit ist bis jetzt nichts passiert. Ein Gemeinderatsbeschluss ist ausständig, die Finanzierung ist offen. Ich frage daher sehr provokant, warum, Herr Vizebürgermeister sitzen Sie noch immer da? Und so wird weitergedümpelt.

Und dann möchte ich auch noch die Rolle der KPÖ ein bisschen beleuchten.

Die KPÖ sitzt mit zwei Mitgliedern in der Stadtregierung, stellt sich für viele als Verhinderer dar. Beispiel: Wohnungsvolksbegehren.

Was will eigentlich die KPÖ damit bezwecken, außer Panikmache und Unsicherheit? Ist das vielleicht schon der Vorwahlkampf für die Landtagswahl 2005 auf Kosten der Steuerzahler? (*Applaus FPÖ*)

Herr Stadtrat Kaltenegger Sie hätten sich mit konstruktiven Ideen einbringen können und Lösungsansätze für die Budgetmisere bringen können. Sie hätten sich genauso maßgeblich daran beteiligen können und mit Stadtrat Riedler Ideen für die Budgetsanierung betreffend städtischer Wohnungen entwickeln können – aber, und das scheint mir immer mehr, Sie betreiben ja lieber die Politik der Verunsicherung und das auf Stadtkosten! Und wie man heute lesen kann in der Zeitung, ist die Volksbefragung eh zur Abfuhr für die KPÖ geworden (*Applaus FPÖ*).

Noch ein Themenbereich, den ich ansprechen werde, der Jugend- und Sozialbereich.

In diesem Bereich gibt es so viele Vereine und Institutionen, die ähnlich Themen bearbeiten. In guten Zeiten hat es geheißen, dass man nur eine Idee haben muss,

einen Verein gründen muss und bei derGraz anklopfen muss und dann bekommt man die notwendigen finanziellen Mitteln. Nur jetzt ist es leider anders. Und daher und das habe ich schon in diversen Ausschüssen gesagt, ist es sehr wichtig, dass es endlich zu einer Evaluierung der Sozial- und Jugendvereine kommt, um hier Doppelgleisigkeiten abzustellen.

Leistungen, wie zum Beispiel von WIKI, Fratz, Abenteuerspielplatz, Logo usw. sind wichtig und gut und ich möchte nicht die Arbeit dieser Vereine in Frage stellen. Sie alle leisten wertvolle Arbeit. Nur in Zeiten wie diesen bedarf es auch einer Ist-Analyse. Viele Vereine bieten ähnliche oder gleiche Leistungen an, haben aber eigene Bürostrukturen und gibt es Überschneidungen, wie Sie teilweise wissen oder aber nicht wissen, die teilweise genutzt werden oder auch nicht genutzt werden. Und deswegen sage ich, wenn sich der Magistrat einer Aufgabenkritik unterziehen muss, dann müssen sich erst recht die ausgelagerten Bereiche einer „Schlankheitskur“ unterwerfen (*Applaus FPÖ*).

Auch zum Thema Verkehr ein paar Worte:

Teure Tiefgaragen, Gebührenerhöhungen für Ausnahmegenehmigungen auf das sechsfache ohne Garantie auf einen Parkplatz – ist das intelligente und nachhaltige Verkehrspolitik? Auch die Erweiterung der Kurzparkzonen ist für viele Bürger als ein Abzocken der Stadt empfunden.

Daher mein Fazit: Ein jahrelanges verantwortungsloses Umgehen der Politik mit Steuermitteln und das Kulturhauptstadtjahr 2003 haben das Übrige dazu beigetragen. Die Grazer Stadtpolitiker müssen jetzt den Sparstift ansetzen. Wo? Bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie sind es, die belastet werden und mit Gebührenerhöhungen und Rücknahmen von Leistungen konfrontiert werden. Die Lebensqualität sinkt, Unsicherheit, Kriminalität und Drogenmissbrauch steigen. Schulen werden geschlossen, die Ampeln auf Sparflamme geschaltet, die Nachtbeleuchtung reduziert.

Bei dieser Stadtpolitik kann ich nur sagen, so leid es mir auch tut: „Gute Nacht Graz!“ (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

Gemeinderat Martin K H U L L - K H O L W A L D

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riedler, sehr geehrte Damen und Herren!

Sie werden es mir, denke ich, nicht übel nehmen, dass bei der Budgetdebatte 2005 nun um ein Referat mehr als noch vor einem Jahr zu hören ist. Zum einen bin ich schon alleine deshalb davon überzeugt, dass ich mir hier keine besonders bösen Blicke zuziehen werde, da ich sozusagen meine Redezeit anhand der Fraktionsstärke bemesse. Zum anderen weiß ich, dass ich durchaus Interessantes zu berichten habe, wenn ich auch auf Kosten der Kürze von einer umfangreichen Detailinterpretation der Zahlen, die den Weg unserer Stadt im nächsten Jahr beschreiben werden, Abstand nehmen muss. Aber ich denke, es ist besser, hier eher kürzer zu sprechen und dafür auch verstanden und gehört zu werden.

Wir sind nun an einem Punkt der Geschichte unserer Stadt angelangt, wo die Logik immer größerer Budgetvolumina eindeutig ihren Höhepunkt überschritten hat. An die Stelle der Freude an unbeirrtem, ungetrübtem, grenzenlosem Wachstum ist die Nachdenklichkeit über eine immer schwieriger werdende Einnahmensituation, sinkende Bevölkerungszahlen und rückläufige Budgetzahlen getreten. Nachdenklich ist diese Situation für mich aus zwei Gründen:

Die Probleme unserer Gegenwart sind nicht kleiner, sondern größer als die Probleme der jüngsten Vergangenheit. Was mich noch nachdenklicher macht, ist die Tatsache, dass sich viele der Probleme der Gegenwart bereits in den letzten fünf Jahren abzuzeichnen begonnen haben. Mit anderen Worten: In der Nachdenklichkeit schwingt auch die Hoffnung mit, dass das Ende der Logik des grenzenlosen Budgetwachstums nicht zu spät gekommen ist! Etwas schärfer formuliert, kann ich sagen, dass ich mich noch gut an die Jubelstimmung in diesem Hause, die das Rekordbudget 2002 verbreitet hat, erinnern kann. Die Worte, mit denen der Jubel begründet wurde, über Events aller Art, Großbauten aller Art sind längst verklungen. Die Menge der damaligen Freudenaussagen, die für die Zukunft noch Gültigkeit haben, wird leider von Tag zu Tag weniger mächtig; die damals aufgenommenen Verpflichtungen sind aber noch lange nicht getilgt.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion um ein Budget muss immer auch die Möglichkeit zur Gesamtschau auf unsere Arbeit bieten. Ein ganz wichtiger Teil dieser Gesamtschau ist das Problem: Wie bewertet die Grazer Bevölkerung unsere Arbeit? Unter dem Gesichtspunkt, dass Leistung nicht nur nach Kriterien der reinen Arbeitsleistung, sondern auch nach der Präsentationsleistung bewertet wird, dieses Thema hatte ich heute am Vormittag schon einmal, erscheint mir diese Frage ganz besonders wichtig.

Jahr für Jahr liegt das Grazer Budget vor seiner Beschlussfassung durch den Gemeinderat zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben dabei die Möglichkeit, Anregungen abzugeben. Jahr für Jahr wundert es mich, wie wenige Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Da es nun eben meinem Naturell nicht einspricht, zuerst einmal den Fehler beim anderen, sondern eben bei uns zu suchen, kann ich nicht primär einen Mangel an Interesse der Bevölkerung dafür verantwortlich machen. Ich muss daher der Frage nachgehen, warum es nicht besonders attraktiv erscheint, sich als Bewohner unserer Stadt über das Budget Gedanken zu machen. Im Lichte einer immer niedrigeren Wahlbeteiligung kann dieser Frage gar nicht genug Bedeutung beigemessen werden.

Mögliche Fragen, die man sich in diesem Problembereich stellen muss, können unter anderem die folgenden sein:

Wird die Möglichkeit, ins das Budget des jeweils kommenden Jahres Einblick zu nehmen, nicht genügend beworben?

Haben die Menschen, die in unserer Stadt leben, das Gefühl, dass man da „eh nichts machen“ kann, und wenn ja, warum haben sie dieses Gefühl?

Oder hat etwa die Politik das Gefühl, dass bei einer Beteiligung der Bevölkerung am Budget „eh nichts herauskommt“?

Gerade in Zeiten, wo, wie eben jetzt gespart werden muss, halte ich es für besonders wichtig, dass wir die Mühe nicht scheuen, Jahr für Jahr unsere geplante Arbeit in Form des Budgets einem Dialog mit der Bevölkerung zu unterziehen. Schließlich kann niemand von uns bis ins Detail sagen, welche Maßnahme sich wie auswirkt. Es mag sein, dass der eine oder andere Sparingriff die Bevölkerung überhaupt nicht berührt, oder sich auch sehr, sehr nachteilig auswirkt. Wenn wir es schaffen, einen

aktiven Diskurs darüber zu führen, statt das Budget bloß öffentlich aufzulegen, so erhalten wir, denke ich, das notwendige Regulativ, um am Puls der Tatsachen unsere Arbeit nachbessern und gegebenenfalls sogar korrigieren zu können.

Mit dem Vorprojekt zur „Werkstatt Graz“ haben wir ein Instrument in der Hand, Bürgerbeteiligung in unserer Stadt komplett neu zu strukturieren. Die Frage nach einer besseren und intensiveren Einbindung der Bevölkerung an der Budgeterstellung sollte in diesem Projekt miteingearbeitet werden. Dass heute das Vorprojekt der „Werkstatt Graz“ beschlossen wurde, eröffnet eine gute Perspektive unsere Präsentationsleistung zu verbessern.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Was wir uns bei aller Spargesinnung nicht leisten können, ist es, das rechte Maß aus den Augen zu verlieren. Dies wird dann passieren, wenn wir unsere eigenen Überzeugungen als unveränderliche Richtschnur für unser Handeln nehmen. Tatsächlich sind wir in einer neuen Situation. Aus allen Richtungen werden wir veranlasst, von der Logik des unbegrenzten Wachstums der Budgetvolumina Abstand zu nehmen. Niemand von uns, ganz egal ob er diesem Budgetentwurf ablehnend oder befürwortend gegenübersteht, kann für sich in Anspruch nehmen, über diese neue Situation die notwendigen Erfahrungen gemacht zu haben und seinen Standpunkt für den einzig richtigen erklären zu können. Daher ist es notwendiger denn je, kritischen Stimmen genau zuzuhören.

Selbst genaues Zuhören ist aber für einen echten Dialog zuwenig. Die Grundeinstellung guten Zuhörens muss auch die Grundeinstellung unseres Arbeitens sein. Diese Grundeinstellung lässt sich am besten mit einer Metapher, wie sie die Philosophie hin und wieder hinter dem Ofen hervorholt, gut beschreiben. Keine Sorge, wir hatten heute schon Metaphern, ich werde nicht darauf herumreiten, sondern sie wirklich nur beschreiben.

Stellen wir uns also ein antikes griechisches Schiff vor, das entlang der Küste von Stadt zu Stadt segelt. Die Mannschaft dieses Schiffes findet nun auf ihrem Weg da und dort ein Stück Treibholz, kauft in einem Hafen ein paar Meter Segeltuch, in einem anderen ein Stück Tau oder einen neuen Anker. All diese Teile baut sie in ihr Schiff ein, um es laufend zu verbessern und um Sturmschäden auszugleichen.

Zwischenruf: Und das auf hoher See.

GR. **Khull-Kholwald:** Ich sagte auch, ich habe eine Metapher, aber ich reite nicht darauf herum. Der hier vorliegende Budgetentwurf ist mit Bestimmtheit gut genug, um unsere Stadt für ein weiteres Jahr seetüchtig zu machen. Man muss nun aber kein Prophet sein, um zu wissen, dass auch in diesem Jahr wieder so mancher Sturm zu überstehen sein wird. Halten wir daher gemeinsam Ausschau nach Treibholz, Segeltuch und neuem Tau, um sichergehen zu können, dass wir den Hafen im Dezember 2005 auch erreichen!